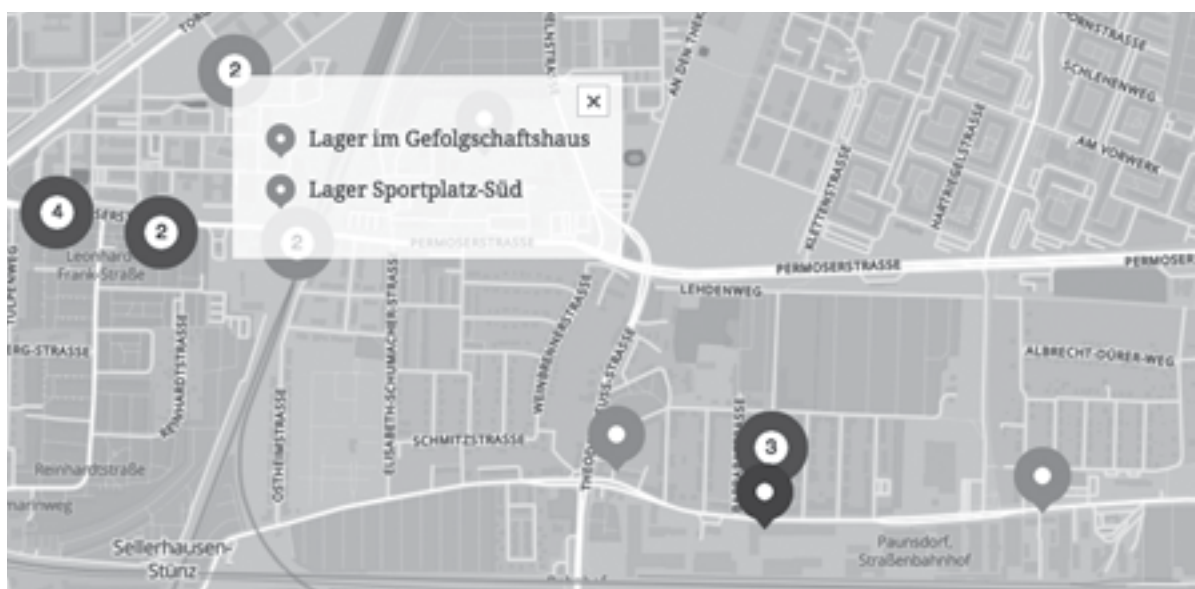


NEWSLETTER DER GEDENKSTÄTTE FÜR ZWANGSARBEIT LEIPZIG

8



Liebe Freundinnen und Freunde der Gedenkstätte,
liebe Interessierte,

das vergangene Jahr hat die politischen Rahmenbedingungen für die Leipziger und sächsischen Gedenkstättenarbeit neu gesetzt. Aus den Kommunal- und Landtagswahlen geht die völkische Rechte gestärkt hervor. Gleichzeitig war die progressive Zivilgesellschaft aktiviert wie selten zuvor. Wie notwendig die Erinnerung an die NS-Verbrechen ist, wurde durch den antisemitischen Terroranschlag auf die Synagoge und einen Imbiss in Halle am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur erneut auf tragische Weise offenbar.

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL) ist eine klar wertorientierte Einrichtung. Ihre pädagogische Arbeit ist darauf ausgerichtet, Aufklärung über NS-Ideologie und damit in Zusammenhang stehende menschenverachtende Einstellungen, wie u.a. Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus zu leisten. Mit Blick auf die Geschehnisse dieser Tage beteiligt sich die Gedenkstätte daher an vielfältigen Bündnissen, um öffentlich gegen antiaufklärerisches und inhumanes Denken und Handeln aufzutreten. Folglich wurde bei-

spielsweise die am 10. Mai stattfindende Lesung des Initiativkreises 9. November unterstützt. Unter freiem Himmel wurde es auf der Schillerstraße vor der Musikschule Passant*innen ermöglicht, Ausschnitte aus Büchern zu hören, welche Anfang Mai 1933 von den Nazis öffentlich verbrannt wurden. Außerdem waren wir Mitunterzeichner des Demoaufrufs von #unteilbar. Dieses von mehr als 280 zivilgesellschaftlichen Initiativen getragene Bündnis brachte vor den Landtagswahlen im Herbst 40.000 Menschen in Dresden auf die Straße. Nicht zuletzt engagieren wir uns in diesem Sinne weiterhin für eine Schließung der rechten Kampfsportlocation in der Kamenzer Straße 12, dem ehemaligen Standort eines Frauenaußenlagers des KZ Buchenwald. Dank der sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS (sLAG) konnten wir die landesweite Vernetzung von Erinnerungsinitiativen stärken.

Gleichzeitig hat die Gedenkstätte durch Bildungsarbeit, Vorträge und Veranstaltungen eine deutlich erhöhte Wahrnehmung erhalten. Bereits zu Beginn des Jahres

stellte das Autor*innentrio Anetta Kahane, Enrico Heitzer und Martin Jander ihre Publikation „Schwieriges Erbe DDR“ vor. Darin vertreten sie die Forderung nach einem Paradigmenwechsel in der Erforschung der DDR. Der ostdeutsche Staat sei neben der Bundesrepublik und Österreich eine der drei Nachfolgesellschaften des NS-Regimes gewesen. Damit wollen sie eine integrierte Geschichte der Nachkriegszeit vorantreiben, deren Deutung nicht von 1989/90 ausgeht, sondern vorrangig die Kontinuitätslinien nach 1945 in den Blick nimmt.

Mit dem Symposium zur Riebeckstraße 63, dem ehemaligen städtischen Arbeitshaus, fand im März einer der Höhepunkte des Jahres statt. Durch Vorträge verschiedener Wissenschaftler*innen, Berichte von Betroffenen und zwei Ortsbegehungen konnte die Geschichte der Leipziger Arbeitsanstalt, die über mehr als ein Jahrhundert von Ausgrenzung und Verfolgung geprägt war, erstmals öffentlich sichtbar gemacht werden.

Nach einer langwierigen Entwicklungszeit konnte in diesem Jahr ein weiteres wichtiges Projekt abgeschlossen werden. Seit August ist auf der Website der Gedenkstätte eine digitale Karte aller bekannten Orte der NS-Zwangsarbeit in Leipzig abrufbar. Das Angebot ergänzt die regelmäßig stattfindenden Stadteinführungen und ist mit einer Handreichung für die historisch-politische Bildungsarbeit versehen. Die erhöhte Aufmerksamkeit durch die Ausweitung der digitalen Angebote und das hohe Interesse an den Veranstaltungen lassen sich einerseits durch eine kontinuierlich steigende

Besucher*innenzahl messen, andererseits sind die Mitarbeiterinnen häufig eingeladene Gäste auf Fachveranstaltungen.

Zusätzlich zu den hauptamtlichen Tätigkeiten leben die Gedenkstätte und der Verein von einer Vielzahl an ehrenamtlichen Engagement. Ohne sie wäre die Arbeit in den AGs zu den ehemaligen KZ-Aufseherinnen, dem Archiv oder zum Jahr der Industriekultur 2020 nicht vorstellbar. Hierfür sei allen Beteiligten im Namen des Vorstandes aufrichtig gedankt!

Bedanken wollen wir uns an dieser Stelle sehr herzlich bei Ann Katrin Düben. Sie war bis August Mitarbeiterin in der Gedenkstätte, organisierte u.a. das Symposium zur Riebeckstraße 63 und war eine der vier Sprecher*innen der sLAG. Sie ist nunmehr die Leiterin der Gedenkstätte Breitenau in Nordhessen. Für diese anspruchsvolle Aufgabe wünschen wir ihr viel Erfolg! Neu im Team ist Josephine Ulbricht. Mit der promovierten Historikerin konnte die Gedenkstätte eine Mitarbeiterin gewinnen, die den Verein durch ihre jahrelange Vorstandsarbeit sehr gut kennt. Sie wird in der kommenden Zeit den Entwicklungsprozess der Gedenkstätte vorantreiben und weitere Impulse in der öffentlichen Wahrnehmung setzen.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre des Newsletters!

Für den Vereinsvorstand
Nadine Lorenz, Hannes Schneider und Jonas Kühne

Neues aus der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Anne Friebe und Anja Kruse



← Andrei Iwanowitsch Moiseenko und der Filmemacher Hannes Farlock

↓ Elzbieta Kowalczyk-Böckmann übergab Briefe und Fotografien ihrer Tante Maria Wardyniec an die GfZL.



← Tagung „Stätten der NS-Zwangsarbeit in Sachsen, Böhmen und Schlesien als archäologische Kulturdenkmale und Erinnerungsorte“

Ein volles und ereignisreiches Jahr 2019 geht zu Ende, und wir blicken auf viele erfolgreiche Projekte, Veranstaltungen und interessante Begegnungen zurück.

Vernetzung

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig engagiert sich für die Erinnerung an lokale und regionale NS-Geschichte und deren Aufarbeitung. In der sächsischen Landesarbeitsge-

meinschaft zur Auseinandersetzung mit dem NS (sLAG) sind wir mit anderen Initiativen, Institutionen und Einzelpersonen in Sachsen vernetzt. Seit diesem Jahr sind wir Teil einer bundesweiten Vernetzung von Institutionen, die sich mit NS-

3
Neues aus der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

7
Die digitale Karte „NS-Zwangsarbeit in Leipzig“

9
Verfolgung - Ausgrenzung - Verwahrung. Die ehemalige städtische Arbeitsanstalt von 1892 bis heute

13
Zwei überfällige Schritte. Die Evaluation der Stiftung und die Gründung der sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS

15
Mit Familie Matthews auf Spurensuche in Rackwitz

17
„Mein lieber Peppek“ – Ein Brief an einen tschechischen Zwangsarbeiter in Leipzig

19
Standorte ehemaliger KZ-Außenlager und NS-Zwangsarbeitslager werden Bestandteil der Kulturdenkmaliste des Freistaates Sachsen

21
„Oral History“ ohne Erzählbereitschaft

24
„Sie sei erschüttert gewesen, als sie die Häftlinge (...) sah“

26
Die Leunawerke – Knotenpunkt der NS-Zwangsarbeit in Mitteldeutschland

29
Das Jüdische Zwangsarbeitslager Skarzysko-Kamienna und der Leipziger Kamienna-Prozess

31
Buchbesprechung: Mordechai Strigler „Werk C. Verloschene Lichter III. Ein Zeitzeugenbericht aus den Fabriken des Todes.“

33
Nach wie vor – ein langer Weg zur Gedenkstätte in Sachsenburg

Zwangsarbeit beschäftigen. In den vergangenen Jahren entstanden bundesweit Einrichtungen, Erinnerungsorte und Initiativen, die sich mit dem Thema NS-Zwangsarbeit beschäftigen. Obwohl diese Orte und deren Akteur_innen partiell bereits zusammenarbeiteten, bestand bisher keine feste Struktur für einen regelmäßigen Austausch und die zukünftige Zusammenarbeit. Mit dem 2019 durch das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide ins Leben gerufene Vernetzungstreffen wird diese Lücke geschlossen. Bei dem zweiten Vernetzungstreffen, das Ende Oktober 2019 in Nürnberg stattfand, tauschten sich die Teilnehmer_innen u.a. über die Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen der digitalen Erfassung ehemaliger Orte der NS-Zwangsarbeit sowie über ihre Bildungsansätze und -angebote aus.

Auch auf internationaler Ebene fanden 2019 einige spannenden und die eigene Perspektive und Arbeit bereichernde Seminare statt, zu denen die Gedenkstätte eingeladen war. Im April reiste eine Mitarbeiterin der GfZL nach Lyon, um dort an einem von der staatlichen Gedenkstätte Gefängnis Montluc organisierten mehrtägigen Seminar teilzunehmen. Eingeladen waren deutsche und französische Geschichtslehrer_innen und Gedenkstättenpädagog_innen, die gemeinsam Gedenkorte in Lyon besuchten, sich intensiv über pädagogische Vermittlungsformen austauschten und Anregungen für zukünftige gemeinsame deutsch-französische Bildungsprojekte sammeln.

Im Oktober 2019 reiste eine Mitarbeiterin der Gedenkstätte in die Ukraine nach Kiew, um an einem transnationalen, interdisziplinären Workshop mit dem Titel "Conflict-ing Memories of the War and Occupation" teilzunehmen. Organisiert wurde der Workshop in Kiew von mehreren Gedenkstätten und Instituten aus Deutschland, Südkorea und der Ukraine. Die teilnehmen-

den Erinnerungsaktivist_innen, Künstler_innen, Gedenkstättenmitarbeiter_innen und junge Wissenschaftler_innen besuchten gemeinsam Erinnerungsorte und Museen und setzten sich intensiv mit der Geschichte und der Erinnerung(skultur) an den Zweiten Weltkrieg in der Ukraine auseinander. Im Rahmen des Workshops, der sich als Plattform für

Veranstaltungen

Im Laufe des Jahres besuchten knapp 3.000 Menschen die GfZL oder eine unserer Veranstaltungen. Damit konnten wir erneut einen Besucher_innenrekord verzeichnen. Unter ihnen war mit Andrei Iwanowitsch Moiseenko auch einer der letzten Überlebenden der NS-Zwangsarbeit



eine transnationale Vernetzung, Austausch zu Methoden und der Erinnerungsarbeit versteht, wurden viele spannende Diskussionen angeregt und Ideen für zukünftige Zusammenarbeit besprochen.

in Leipzig. Den Film „Ja, Andrei Iwanowitsch“ konnten wir in seinem Beisein abermals in der Schaubühne Lindenfels zeigen. Vorher war er am Tauchaer Geschwister-Scholl-Gymnasium zu Gast und berichtete Schüler_innen einer neunten Klasse von seinen Erfahrungen und Erinnerungen als Zwangsarbeiter in Leipzig und seiner Zeit als Häftling im KZ Buchenwald. Für die jungen



↑ Am Standort des ehemaligen KZ Taucha

Menschen, die heute nur noch selten die Möglichkeit haben, mit einem Zeitzeugen über diese Zeit zu sprechen, war dies ein besonders eindrücklicher Tag.

Darüber hinaus besuchten uns Familienangehörige ehemaliger Zwangsarbeiter_innen aus den Niederlanden, den USA, Italien, Russland, Polen und Frankreich. Die US-amerikanische Familie Matthews haben wir auf ihrer Spurensuche nach Rackwitz begleitet (s. S. 15). Die Zahl der Anfragen nach dem Schicksal ehemaliger Zwangsarbeiter_innen ist weiter gestiegen. In vielen Fällen konnten wir mit Dokumenten und Nachweisen zur Inhaftierung weiterhelfen. Auffällig ist, dass die Mehrheit der Anfragen inzwischen von den Enkel_innen und Urenkel_innen kommt, deren Interesse an den Erfahrungen ihrer Vorfahr_innen während des Zweiten Weltkriegs zunimmt.

Auch 2019 haben wir ein vielfältiges und sehr umfangreiches Veranstaltungsprogramm organisiert – die Highlights waren sicherlich die Podiumsdiskussion zum Buch „Nach Auschwitz. Schwieriges Erbe DDR“ und Natascha Wodins Lesung aus „Irgendwo in diesem Dunkel“. Wissenschaftliche Vorträge zur Darstellung der KZ in Comics (Markus Streb), zur Rolle der deutschen Bevölkerung während der Todesmärsche (Martin Winter) und zu weiblicher ziviler Zwangsarbeit (Elizabeth Harvey) vervollständigten das Programm.

In Kooperation mit der feministischen Bibliothek MonaliesA organisierten wir im Mai eine Fahrt in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Die dreißig Teilnehmenden beschäftigen sich drei Tage lang ausführlich mit der Geschichte des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers und der Erinnerung an das Lager und die Häftlinge von 1945 bis in die Gegenwart. Das Programm

beinhaltete auch den Besuch und eine Führung über das ehemalige Lagergelände des 1942 errichteten „Jugendschutzlagers Uckermark“, wo Aktivist_innen im Ehrenamt einen Gedenkort geschaffen haben.

Außerdem beteiligte sich die GfZL 2019 wieder an der Museumsnacht Halle-Leipzig sowie erstmals an der Jüdischen Woche mit einer thematischen Führung. Im Mittelpunkt standen die aus Leipzig stammenden Jüdinnen Rosa Weitz und ihre Tochter Edith. Beide wurden 1938 im Zuge der sogenannten Polenaktion von Leipzig nach Polen abgeschoben. Mit dem Überfall der Deutschen auf Polen setzte sich dort ab September 1939 ihre Verfolgung fort, bis sie schließlich beide im Sommer 1944 als KZ-Häftlinge in das Leipziger Außenlager „HASAG Leipzig“ deportiert wurden. Selektiert als „arbeitsunfähig“, wurden beide nur wenig später nach Auschwitz deportiert und sofort ermordet.

Über das gesamte Jahr wurden zudem Führungen für Gruppen in der Gedenkstätte gebucht, auch hier konnten wir erneut eine steigende Nachfrage verzeichnen. Neben Jugend- und Schulgruppen aus dem



einige wenige Beispiele zu nennen. Seit 2019 werden unsere Führungen zudem verstärkt im Rahmen sogenannter Integrationskurse gebucht.

Auch in diesem Jahr haben Studierende ihre Praktika in der Gedenkstätte absolviert: Jonas Nachtigall hat die Interimsausstellung der

Arbeitseinsatzträgern in Taucha beschäftigt und eine Fahrradtour entwickelt, die unser Veranstaltungsprogramm erweitert. Anika Hühn, Lea Thiede, Hannah Greimel und Katharina Austilat haben im Rahmen eines Praktikums Tagebücher und Erinnerungsberichte niederländischer Zwangsarbeiter ins Deutsche übersetzt und damit diese wertvollen Quellen für die GfZL erschlossen. Lisa Ulbricht inventarisiert neue Objekte in die museologische Sammlung und kümmert sich um eine konservatorische Lagerung.

.....
Anne Friebe und Anja Kruse sind
Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte für
Zwangsarbeit Leipzig.

Anne Friebel und Anja Kruse



www.zwangsarbeit-in-leipzig.de/karte/

Die Idee

Eine erste Datengrundlage waren Akten des Stadtarchivs Leipzig und insbesondere die Übersicht „Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939-1945“ (hrsg. von Thomas Fickenwirth, Birgit Horn und Christian Kurzweg, Leipziger Universitätsverlag, 2004). Darin befindet sich eine Liste mit 400 Lagern bzw. Unterkunftsorten von NS-Zwangsarbeiter_innen in Leipzig. Auf dieser Basis haben wir zunächst eine analoge Karte erstellt – mit Stecknadeln haben wir auf einem alten Leipzig-Stadtplan die Orte visualisiert, um einen besseren Eindruck von der Dimension, der räumlichen Verteilung und Dichte der Lager zu erhalten.

Parallel haben wir über mehrere Jahre in verschiedenen Archiven und anderen Quellen nach weiteren Informationen geforscht. Unsere Forschungserkenntnisse stammen aus Akten des Leipziger Stadtarchivs, des Sächsischen



Staatsarchivs, des Sächsischen Wirtschaftsarchivs, der Arolsen Archives, aus Firmenarchiven, aus Dokumenten (z.B. Briefen oder Tagebüchern) ehemaliger Zwangsarbeiter_innen, aus Erinnerungen von Zeitzeug_innen, aus Forschungen und Sammlungen von Heimat- und Geschichtsvereinen, von Ortschronist_innen, Studierenden, Historiker_innen und anderen Gedenkstätten. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Beteiligten sehr herzlich bedanken, die das Rechercheprojekt in den vergangenen Jahren unterstützt und mit ihrer Expertise bereichert haben!

Aus der analogen eine digitale Karte zu entwickeln war dann der naheliegende nächste Schritt – einerseits um eine größere Öffentlichkeit damit zu erreichen, und andererseits um detailliertere Informationen zu den einzelnen Lagern bereitstellen zu können. 2016 wurde eine erste Version der digitalen Karte auf der Medienstation der Gedenkstätte implementiert. Mit der Veröffentlichung auf unserer Homepage ist die Karte nun für eine breite Öffentlichkeit zugänglich, beispielsweise für die Familien ehemaliger Zwangsarbeiter_innen im Ausland, oder für Schüler_innen und Lehrer_innen, die im Unterricht mit der Karte arbeiten möchten. Seit der Veröffentlichung im August 2019 hat die Karte mehr als 2.000 Zugriffe erhalten.

Was zeigt die Karte?

Die digitale Karte bildet unseren aktuellen Stand der Forschungen (08/2019) zu Zwangsarbeitslagern im Raum Leipzig während des Zweiten Weltkriegs 1939-1945 ab. Sie zeigt mehr als 700 Unterkünfte und Lager von ausländischen Zwangsarbeiter_innen, die im städtischen Großraum in dieser Zeit im Einsatz waren.

Ein „Lager“ konnte ein typisches Barackenlager sein, aber auch ein umgenutzter Gasthof, eine Turnhalle, ein Dachboden oder Schuppen auf einem Fabrikgelände, eine private Unterkunft oder ein Kleingartenvereinshaus. Die Unterkünfte waren unterschiedlich groß – eine Markierung in der Karte kann für eine kleine Unterkunft von drei Zwangsarbeiter_innen, aber auch für ein Barackenlager mit 5.000 Personen stehen.

Die Karte verdeutlicht den Charakter von NS-Zwangsarbeit als Massen- und Alltagsphänomen. In der Kriegswirtschaft wurden Zwangsarbeiter_innen in fast allen Arbeitsbereichen eingesetzt, und ihre Unterkünfte verteilten sich über das gesamte Stadtgebiet. Viele der Lager befanden sich in direkter Nachbarschaft zu den Wohnquartieren der deutschen Bevölkerung. Diese Alltagsnähe zeigt sich nicht nur räumlich an den Standorten der Lager, sondern lässt sich vor allem an der Umnutzung von Turnhallen, Schulen, Gaststätten und Vereinsheimen als Lagerunterkünfte ablesen. Kontakte zwischen Zwangsarbeiter_innen und Deutschen waren zwar verboten, aber aufgrund der räumlichen Dichte unvermeidbar und auch keine Seltenheit. Zwangsarbeit war ein sichtbares und öffentliches Verbrechen.

Auf digitale Spurensuche gehen

Die digitale Karte bietet die Möglichkeit, sich aus einer lokalhistorischen Perspektive dem Verbrechenskomplex NS-Zwangsarbeit zu nähern. Unabhängig von einem Gedenkstätten- und Archivbesuch ermöglicht er es Schüler_innen und Jugendlichen, sich über Zwangsarbeit im Raum Leipzig zu informieren, ehemalige Lagerstandorte und deren Geschichte zu recherchieren und sich auf diesem Wege das Thema eigenständig zu erschließen. Die NS-Verbrechen geschahen nicht irgendwo, fernab vom Alltag der deutschen Bevölkerung, sondern inmitten der deutschen Städte und in den Dörfern, im Alltag „vor der eigenen Haustür“.

Mit Hilfe der Karte können Schüler_innen und Jugendliche Leipzig digital erkunden und sich auf die Suche nach Spuren der NS-Zwangsarbeit machen. Dabei kann zum einen das unmittelbare Lebens- und Wohnumfeld der Jugendlichen den Ausgangspunkt der Spurensuche bilden: Gab es auch in meinem Viertel/ meiner Straße/ in der Nähe meiner Schule/ meines Jugendclubs Zwangsarbeitslager? Wo genau befanden sich diese Lager?

Zum anderen eignen sich auch prägnante Orte in Leipzig für den Ausgangspunkt einer digitalen Erkundung der Stadt und ihrer Geschichte. So stehen neben dem Leipziger Zoo zum Beispiel auch Orte wie die Leipziger Baumwollspinnerei, das heutige Westwerk oder Gebäude des Werk 2 in einem Zusammenhang mit NS-Zwangsarbeit. Viele kennen die Leipziger Kleinmesse im Westen der

Stadt heute vor allem durch den dort mehrmals im Jahr stattfindenden Rummel. Den wenigsten ist bekannt, dass sich dort während des Zweiten Weltkrieges eines der größten innerstädtischen Barackenlager Leipzigs befand, in denen hunderte ausländische Zwangsarbeiter_innen untergebracht waren. Der digitale Stadtplan ermöglicht es, die Stadt einmal aus einer anderen, neuen Perspektive zu erkunden und kennenzulernen.

Die Spurensuche muss aber nicht nur im digitalen Raum stattfinden. Vielmehr kann diese der Ausgangspunkt für eine gemeinsame Erkundung der Stadt darstellen. Parallel oder im Anschluss an die Recherchen mit der digitalen Karte können Schüler_innen und Jugendliche vor Ort gemeinsam auf Spurensuche gehen und die von ihnen recherchierten ehemaligen Lagerstandorte eigenständig erkunden. Gemeinsam kann vor Ort nach Spuren gesucht werden, die auf die Geschichte des Lagers und der Zwangsarbeit verweisen. Dies können bauliche Relikte oder auch ein Gedenkstein sein. Durch die Einbeziehung des historischen Ortes können damit Diskussionen und die Auseinandersetzung mit weitergehenden Fragen nach der Erinnerung an NS-Zwangsarbeit im Speziellen und dem Umgang mit NS-Verbrechen im Allgemeinen angestoßen werden.

Je nach Interesse, Ausrichtung und zeitlichem Umfang eines Bildungsprojektes lässt sich die Spurensuche mit dem Besuch einer Gedenkstätte oder eines lokalen Archivs verbinden. Damit können die zuvor digital und vor Ort gesammelten Informationen zu einem ehemaligen Lager durch historische Dokumente und persönliche Geschichten ehemaliger Zwangsarbeiter_innen ergänzt werden.

„Verfolgung - Ausgrenzung - Verwahrung. Die ehemalige städtische Arbeitsanstalt von 1892 bis heute“

Ann Katrin Düben



← Öffentliche Ortsbegehung
in der Riebeckstraße 63,
November 2019 (GfZL)

„Eine Gesellschaft offenbart sich in ihrer Einstellung zu ihren Randgruppen“¹.

Das Zitat von Wolfgang Ayaß kann als Ausgangspunkt und Kern einer Tagung zur ehemaligen Arbeitsanstalt in Leipzig gelten. Die von der GfZL mitorganisierte Veranstaltung fand vom 15. bis 16. März 2019 in unmittelbarer Nähe des historischen Ortes statt und behandelte die Geschichte der Leipziger Arbeitsanstalt, die über mehr als ein Jahrhundert von Ausgrenzung und Verfolgung geprägt ist.

Auf insgesamt 28.000 m² wurde im Jahr 1892 die „Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg“ in der Leipziger

Riebeckstraße 63 eröffnet. Eine kommunal getragene Einrichtung, die ganz im Zeichen ihrer Zeit für einen repressiven Umgang mit Armut stand. Marginalisierte und kriminalisierte Gruppen wie Bettler, Wohnungslose oder Prostituierte sollten hier 'verwahrt' und durch einen von Zwangsarbeit reglementierten Tagesablauf zu einem geordneten Leben 'erzogen' werden. In der NS-Zeit bestand das Arbeitshaus fort. 76 seiner Insass_innen wurden dabei in das „Euthanasie“-Programm überführt und getötet.² Zudem diente der Ort als Sammel- und Durchgangslager: Im Zuge der Novemberpogrome 1938 wurde auf dem Gelände ein Gestapo-Haftlager eingerichtet, in dem jüdische Männer vor ihrem Transport ins KZ Buchenwald inhaftiert waren; ab Dezember 1943

¹ Wolfgang Ayaß, Das Arbeitshaus Breitenau. Bettler, Landstreicher, Prostituierte, Zuhälter und Fürsorgeempfänger in der Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau (1874-1949), Kassel 1992, S. 15.

² Vgl. Christoph Buhl, Von der Eugenik zur Euthanasie. Eine Spurensuche in Leipzig, in: Mitteilungen des *Leipziger Geschichtsvereins*, H. 1 (2003), S. 20-30.

befand sich hier eine Sammelstelle, von der aus Juden sowie Sinti und Roma deportiert wurden.³ In Leipzig eintreffende zivile Zwangsarbeiter_innen passierten die Arbeitsanstalt, waren schmerzvollen Desinfektionsmaßnahmen ausgesetzt, wurden registriert und an die jeweiligen Arbeitseinsatzorte verteilt. Die Arbeitsanstalt war aber nicht nur ein Ort des Transits, sondern ebenso und weiterhin des Strafens und Einsperrens. So befand sich auf dem Gelände ein „Ausländergefängnis“, in dem Zwangsarbeiter_innen inhaftiert waren, denen Regelverstöße, „Arbeitsbummelei“ oder Sabotage vorgeworfen wurden.⁴

Ein Ort der Disziplinierung und Ausgrenzung blieb die Arbeitsanstalt auch über das Jahr 1945 hinaus. Zu DDR-Zeiten befand sich eine Venerologische Station in Haus 1. Seit den 1960er Jahren wurden dort junge Mädchen, die nicht dem Ideal der sozialistischen Persönlichkeit entsprachen, zwangsweise und über Wochen schmerzhaften gynäkologischen Untersuchungen ausgesetzt.⁵ Seit 1954 war in der Riebeckstraße 63 ein „Heim für soziale Betreuung“ eingerichtet, in dem Menschen mit Behinderung geschlossen untergebracht waren. Erst in den 1990er Jahren, im Zuge der Bewegung zur Enthospitalisierung, wurden die Gitter vor den Fenstern der Einrichtung entfernt. Dabei wiesen Aktivist_innen auch auf die sich in der Nutzung der Arbeitsanstalt verdichtenden Muster des Verwahrens hin und forderten ein Gedenken am historischen Ort.

Erst im Januar 2018 brachte jedoch ein von der Grünen-Fraktion im Leipziger Stadtrat eingebrachter Antrag das Anliegen wieder auf die politische Agenda. Auf Grundlage des Antrags erteilte der Stadtrat im Mai 2018 der Leipziger Stadtverwaltung den Auftrag, in Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Psychiatriemuseum und der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL) auf die Geschichte des Gebäudekomplexes aufmerksam zu machen.⁶ Dieser Beschluss bildete den Auftakt zur Gründung eines Beratungskreises unter Federführung des Psychiatriekoordinators der Stadt Leipzig Thomas

Seyde (Gesundheitsamt Leipzig). Diesem Kreis gehören seitdem außerdem die Fachstelle für Extremismusforschung und Gewaltprävention an, die Künstlerin Rosi Hase sowie Petra Čagalj Sejdi als *migrationspolitische Sprecherin* der Grünen Fraktion Leipzig und Gründungsmitglied von Romano Sumnal e.V.

Während bei den ersten Treffen der Beratungsrunde über eine denkmalkünstlerische Gestaltung gesprochen wurde, war bald klar, dass vor der Planung eines Denkmals zunächst Inhalte geschaffen werden müssten. Denn die Geschichte der Riebeckstraße 63 ist bislang nur punktuell untersucht worden. Eine Gesamtdarstellung, die sowohl die Kontinuitäten der Nutzung über die politischen Systeme des 19. und 20. Jahrhunderts hinweg als auch die Brüche beleuchtet, stellt bislang ein Desiderat dar. Aus dieser Überlegung entstand die Idee, eine Tagung zu veranstalten. Ihr Ziel sollte es sein, erstmals die Forschungsergebnisse zur ehemaligen Arbeitsanstalt zu bündeln und Perspektiven eines lebendigen Erinnerungsortes mit einer interessierten Stadtöffentlichkeit zu diskutieren. Um die Leipziger Stadtgesellschaft in die Gespräche einzubeziehen und dabei für die Geschichte des Ortes zu sensibilisieren, wurde darüber hinaus ein Rahmenprogramm zur Tagung angeboten: eine öffentliche Ortsbegehung sowie eine Werkstattausstellung zur Arbeitsanstalt.

In Vorbereitung der Tagung konnte die GfZL Projektmitel bei vier Stiftungen und der Stadt Leipzig einwerben. Auch unterstützten die Parteien DIE LINKE und SPD die Veranstaltung durch Spenden.⁷ Parallel zur Sicherung der Finanzierung begann die inhaltliche Planung durch den Beratungskreis. Insgesamt 15 Referent_innen wurden gewonnen, sowie mit Bettina Weben eine Zeitzeugin, die ihre Erfahrung der zwangsweisen Unterbringung in Venerologischen Stationen der DDR in mehreren Büchern verarbeitet hat. Die Referent_innen setzten sich aus Wissenschaftler_innen, Gedenkstättenmitarbeiter_innen, Künstler_innen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen zusammen, die mit unterschiedlichen historischen Schwerpunktsetzungen das Thema des Umgangs mit marginalisierten und verfolgten Gruppen beleuchten. Die Forschung zur Leipziger Arbeitsanstalt – hier sind vor allem Alexander Rode, Hannes Schneider und Steffen Held zu nennen – wurde ergänzt durch Beiträge zu vergleichbaren Orten, wie dem Arbeitshaus Benninghausen (Elisabeth Elling-Ruhwinkel) oder dem Arbeitshaus, KZ und Arbeitserziehungslager Breitenau (Dietfried Krause-Vilmar). Die Formate innerhalb eines Panels variierten von klassischen Vorträgen bis hin zu Erfahrungsberichten, wobei die Beiträge jeweils am Ende



↑ Grußwort des Oberbürgermeisters Burkhard Jung beim Symposium (GfZL)

in moderierten Podiumsgesprächen zusammengeführt und mit dem Publikum diskutiert wurden. Inhaltlich deckten die Beiträge fast alle Zeitschichten ab, machten aber auch Leerstellen sichtbar. So liegen zwar Einzelhinweise vor, dass auch Personen, die im Widerstand gegen den NS organisiert waren, in der Riebeckstraße zum Kriegsende hin inhaftiert waren. Hierzu müssten jedoch weitere Recherchen erfolgen.

An der zweitägigen Veranstaltung, die durch den Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung eröffnet wurde, nahmen 94 Personen teil. Zudem wurden die zwei Ortsbegehungen, die das Rahmenprogramm bildeten, von über 200 Personen besucht. Die lokale Presseresonanz

war ebenso hoch. Aus der Tagung wird ein Sammelband entstehen, der im kommenden Jahr im Leipziger Verlag Hentrich & Hentrich erscheint. Die Beiträge, die von Essays über wissenschaftliche Aufsätze bis hin zu Erfahrungsberichten reichen und durch Bildmaterial ergänzt werden, reflektieren die unterschiedlichen Zeitspannen, Nutzungsformen sowie Träger und Akteure.

.....
Ann Katrin Düben hat von April 2018 bis August 2019 an der GfZL gearbeitet. Seit August leitet sie die Gedenkstätte Breitenau bei Kassel.

³ Vgl. Steffen Held, Die Leipziger Stadtverwaltung und die Deportation der Juden im NS-Staat, Leipzig 2008, S. 18.
⁴ Vgl. Hannes Schneider, Die Städtische Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63 – Drehpunkt der NS-Zwangsarbeit in Leipzig 1939-1945, unv. Masterarbeit, Friedrich-Schiller-Universität Jena 2016.
⁵ Vgl. Florian Steger/Maximilian Schochow, Traumatisierung durch politisierte Medizin: Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR, Berlin 2016.
⁶ Pressemitteilungen der Grünen-Fraktion, Online: <https://www.gruene-fraktion-leipzig.de/index.php/pressemitteilungen-28/items/antrag-gedenken-an-opfer-des-nationalsozialismus-am-gebäudekomplex-riebeckstrasse-63.html> (11.06.2019).

⁷ Projektmitel wurden bewilligt von: Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG), Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Sachsen, Weiterdenken Heinrich-Böll-Stiftung, „Leipzig – Ort der Vielfalt“ sowie der Stadt Leipzig.

Der Initiativkreis
Riebeckstraße 63

Die Aufarbeitung der Geschichte der Riebeckstraße 63, eines Ortes von Ausgrenzung, Disziplinierung und Stigmatisierung gesellschaftlicher Randgruppen, stößt auf ein breites gesellschaftliches Interesse. So gründete sich im Nachgang der Tagung „Verfolgung- Ausgrenzung-Verwahrung – die ehemalige städtische Arbeitsanstalt von 1892 bis heute“ am 3. Juli 2019 am historischen Ort der ‚Initiativkreis Riebeckstraße 63‘.

Dieses offene Bündnis besteht aus rund 30 engagierten Einzelpersonen, Initiativen und Vereinen, das sich monatlich trifft und in kleineren Arbeitsgruppen zu einzelnen Themen arbeitet.

Der Initiativkreis stellt ein deutliches Zeichen des Engagements aus der Leipziger Stadtgesellschaft heraus dar. Er regt zur Auseinandersetzung mit diesem Teil der Leipziger Stadtgeschichte an und setzt sich für die Einrichtung eines Gedenk-, Lern- und Begegnungsortes ein.

Nachdem sowohl die Tagung im März 2019 als auch die zwei Ortsbegehungen sehr gut besucht waren, sind auch für das kommende Jahr verschiedene Veranstaltungen geplant. Zudem ist ein Informationsflyer zum historischen Ort entstanden, und eine Website ist in Arbeit.

Der Initiativkreis ist für alle Interessierten geöffnet.

Bei Interesse und Nachfragen können Sie sich per E-Mail an Josephine Ulbricht, Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, unter folgender E-Mailadresse wenden:

initiativkreis@riebeckstrasse63.de.
Informationen zu Veranstaltungen gibt es auch auf der Facebookseite <https://www.facebook.com/riebeckstrasse63/>

Zwei überfällige Schritte.

Die Evaluation der Stiftung und die Gründung der sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS

Jonas Kühne

Zwei Tage nach den Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2019 waren die sächsischen und bundesweiten Medien mit Analysen und Erklärungsversuchen der Ergebnisse beschäftigt. In Sachsen wurde die AfD mit 25 % der Stimmen stärkste Partei noch vor der CDU. Und auch auf kommunaler Ebene konnte sie flächendeckend in Kreistage, Stadträte und Gemeindevertretungen einziehen. Inmitten der noch frischen Aufregung in Sachsen, dessen Landtag nur wenige Monate später ebenfalls neu gewählt werden sollte, veröffentlichte die Stiftung Sächsische Gedenkstätten eine weitgehend unbeachtete Pressemitteilung. Sie vermeldete die Veröffentlichung des lange erwarteten Evaluationsberichts der Prognos AG über die Organisation und Arbeitsweise der Stiftung.

Die Evaluation war notwendig geworden, nach dem es in den vorangegangenen Jahren immer wieder Kritik an den Zuständen innerhalb der Stiftung gab und der Vorwurf im Raum stand, dass die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit bewusst eine weitaus höhere Förderung erhielt, als die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen.¹ In mehreren Presseartikeln wurde zudem der konfliktbeladene Umgang der Geschäftsführung mit ihren Mitarbeiter*innen thematisiert und deutliche Kritik an rechten Äußerungen von leitenden Angestellten geübt.² Am 23. Januar 2017 beschloss der Stiftungsrat schließlich, dass die Arbeit der Stiftung Sächsische

Gedenkstätten extern evaluiert werden sollte.³ Gleichzeitig versuchte die linke und grüne Opposition mit Anfragen im Landtag und einer Sondersitzung des Kulturausschusses im November 2017 den politischen Druck auf die Stiftung und die Landesregierung zu erhöhen und den Evaluationsprozess kritisch zu begleiten.

In der Pressemitteilung zur Veröffentlichung der Evaluation bewertet Eva-Maria Stange, sächsische Wissenschafts- und Kunstministerin sowie Stiftungsratsvorsitzende, das Ergebnis recht lapidar: „Ich begrüße die erstmals erfolgte Evaluierung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Sie enthält einerseits eine positive Bewertung der Arbeit der Gedenkstätten und andererseits Hinweise zur Weiterentwicklung in der Organisation sowie finanziellen und personellen Ausstattung.“⁴ Bei einem genaueren Blick in den Bericht können jedoch eklatante Mängel in der Arbeitsweise der Stiftung und deren Leitung festgestellt werden. Beispielsweise kritisieren die Autor*innen die massiven Konflikte zwischen Stiftungsleitung und den darunter liegenden Ebenen in den stiftungseigenen Gedenkstätten, die eine Lähmung der inhaltlichen Arbeit zur Konsequenz gehabt hätte. Der Evaluationsbericht konstatiert eine Stagnation in den Bereichen Bildung und Forschung und eine verhärtete Lagerbildung für oder gegen die Geschäftsführung. Auch die anderen Stellungnahmen der Stiftungsgremien sowie einiger Fachpolitiker*innen im Landtag lesen sich mehr wie ein schnelles Abhaken des ewig schwelenden Konfliktes mit der Stiftungsleitung und ihrer Arbeitsweise. Zumeist wird eine Umsetzung der Handlungs-

¹ Vgl. Bartsch, Michael: Gedenkpolitik in Sachsen. Streit um den Diktaturenvergleich, in: taz, 02.01.2017 (<https://taz.de/Gedenkpolitik-in-Sachsen/!5367117/>).

² Vgl. Ley, Julia: Wenn die NS-Opfer-Gedenkstätte Pegida in Schutz nimmt, in: Süddeutsche Zeitung, 04.11.2015 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/twitter-wenn-die-ns-opfer-gedenkstaette-pegida-in-schutz-nimmt-1.2723264>) sowie vgl. Kraske, Michael: Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Wut und Willkür, in: ZEIT, 07/2016 (<https://www.zeit.de/2016/07/saechsische-gedenkstaetten-diktatur-opfer-siegfried-reiprich>).

³ Presseinformation der Stiftung Sächsische Gedenkstätten „Projektförderung durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten für das Haushaltsjahr 2017 und Evaluation der Stiftung beschlossen“ vom 24.01.2019.

⁴ Presseinformation der Stiftung Sächsische Gedenkstätten „Evaluation der Stiftung Sächsische Gedenkstätten abgeschlossen“ vom 28.05.2019.

→ Besprechung des Sprecher*innenrates
der sLAG (Bild: Jonas Kühne)



Mit Familie Matthews auf Spurensuche in Rackwitz

Anne Friebe



James und Teresa Matthews vor dem Eingang zum
Firmengelände der Hydro GmbH in Rackwitz

empfehlungen befürwortet. Eine weitergehende Kritik oder gar eine längst überfällige öffentliche Debatte ist leider ausgeblieben.

Einzig die seit einem Jahr als Zusammenschluss von Gedenkinitiativen, Vereinen und etlichen Einzelpersonen tätige sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG) hat in der umfassenden Stellungnahme „Ein verlorenes Jahrzehnt“ die unzureichenden Befunde der Evaluation umfangreich kritisiert und für einen strukturellen und personellen Neuanfang in der sächsischen Erinnerungsarbeit plädiert.⁵ In ihrer Stellungnahme halten sie fest: „Die Durchführung der Evaluation weist methodische Schwächen auf, die zur Folge haben, dass tiefgreifende Konfliktkonstellationen innerhalb der Stiftung nicht erfasst wurden. So sticht zum einen die Befragung von Gedenkstätten in Trägerschaft der StSG und weiterer von der Stiftung geförderter Vereine und Einrichtungen ins Auge, die einseitig qualitativ ausgewertet wurden und somit keinen Anspruch auf Repräsentativität haben. Zum anderen hat es die Prognos AG versäumt, eine umfassende Kontextanalyse durchzuführen, um den geschichtspolitischen Raum in Sachsen zur Genüge auszuleuchten und somit Konfliktlinien zu benennen.“⁶ Das politische Handeln der Geschäftsführung der Stiftung in den letzten zehn Jahren wird laut sLAG nicht weiter problematisiert, obwohl hierin eine wesentliche Konfliktursache steckt. Die Ausrichtung der Stiftungsarbeit an einem banalisierten Totalitarismusbegriff, der sich u.a. in der Mitgliedschaft im europäischen Netzwerk „Platform of Memory and Conscience“ äußert, dessen Agieren eine Gleichsetzung von kommunistischer Herrschaft mit dem Nationalsozialismus betreibt sowie wiederholte rechts offene Äußerungen von leitenden Angestellten der Stiftung verschärften die ohnehin schon vorhandenen Konflikte innerhalb der Stiftung und

der sächsischen Erinnerungslandschaft. Zudem kritisiert die sLAG, dass die Stiftung wichtige Aufgaben nicht wahrnimmt. Dazu gehören grundlegende Dinge, wie eine umfassende Antragsberatung, die Vernetzung der von ihr geförderten Projekte, Initiativen und Gedenkstätten oder das Weiterbilden der eigenen Angestellten. Eine ausformulierte Entwicklungsstrategie seitens der Stiftungsleitung, an der sich die Arbeit der sächsischen Gedenkstätten ausrichten könnte, existiert bis heute nicht.

Umso wichtiger erscheint es, dass mit der sLAG ein neuer Akteur in der sächsischen Erinnerungslandschaft entstanden ist, der eine kritische Öffentlichkeit herstellt und mit Vernetzungs- und Bildungsangeboten die Versäumnisse der staatlichen Gedenkpoltik in Teilen begegnen kann. In diesem Zusammenhang bietet die sLAG verschiedene Workshops zur Antragsberatung, Faschismustheorien oder zur Öffentlichkeitsarbeit an. Die Gründung des Netzwerks hat zudem einen weiteren positiven Nebeneffekt. Jahrelang waren keine Delegierte sächsischer Gedenkstätten bei den bundesweiten Zusammentreffen, wie der von der Topographie des Terrors organisierten Bundesgedenkstättenkonferenz vertreten. Durch die Gründung der sLAG wurde es möglich, dass die Isolierung vom Rest des bundesrepublikanischen Diskurses erfolgreich aufgebrochen werden konnte. Sächsische Delegierte sind sowohl auf der Bundesgedenkstättenkonferenz als auch im FORUM, dem bundesweiten Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften, präsent.

Die geschichtspolitischen Herausforderungen in Sachsen bleiben zahlreich und sind nach wie vor äußerst konfliktbeladen. Während die Öffentlichkeit anderen Themen weitaus größere Beachtung geschenkt hat, konnten sich die Vereine, Initiativen und engagierten Einzelpersonen immerhin neu organisieren und gehen gestärkt in die künftigen Auseinandersetzungen.

.....
Jonas Kühne ist im Vorstand des Fördervereins der sLAG (<http://slag-aus-ns.de>) und des Trägervereins der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.

⁵ Vgl. sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS: „Ein verlorenes Jahrzehnt.“ Die Ergebnisse der Evaluation der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2019, (http://slag-aus-ns.de/mat/MAT-04-DHHS-sLAG-2019-06-11b_Zur-Evaluation_der_StSG.pdf).

⁶ Pressemitteilung der Sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS „Evaluation StSG“ vom 11.06.2019.

Die Zahl der Anfragen an die GfZL nach dem Schicksal ehemaliger Zwangsarbeiter_innen nimmt seit einigen Jahren kontinuierlich zu. Es sind vor allem die Angehörigen in der nachfolgenden Generationen, die Fragen zum Schicksal ihrer Vorfahr_innen haben, die als Zwangsarbeiter_innen in Sachsen im Einsatz waren. In vielen Familien ist wenig über den Zwangsarbeitseinsatz der Eltern oder (Ur-)Großeltern bekannt, und oft kön-

nen wir mit Auskünften zur Unterbringung oder zum Arbeitgeber weiterhelfen.

Bereits 2018 besuchten uns Teresa und James Matthews aus North Carolina, USA. Teresas Vater, Vincent Wojciechowski, war in einer „Schmelzfabrik“ in Leipzig Zwangsarbeiter gewesen und nach dem Krieg in die USA emigriert. Bei ihrem Leipzig- Aufenthalt besuchten sie

uns und baten um Unterstützung bei der Spurensuche. Mithilfe von Dokumenten aus den Arolsen Archives (früher Internationaler Suchdienst, ITS) konnten wir einige Stationen von Vincent Wojciechowski schließlich nachvollziehen. Geborgen 1921 im kleinen Ort Smardzew bei Łódź in Polen wurde er 1940 zur Zwangsarbeit nach Sachsen gebracht und zunächst auf einem Bauernhof bei Oschatz eingesetzt. Seit Winter 1940/41 war er dann in der „Schmelzfabrik“ im Einsatz – im Leipziger Leichtmetallwerk in Rackwitz. Nach Kriegsende kam er in ein DP-Camp nahe Schwäbisch-Gmünd und begann dort, für die US Army zu arbeiten. 1949 emigrierte er in die USA, wo er 2016 verstarb.

Im Sächsischen Staatsarchiv in Leipzig fanden wir einen umfangreichen Aktenbestand zum Leipziger Leichtmetallwerk in Rackwitz, das uns bis dato nicht als Profiteur von NS-Zwangsarbeit bekannt war. Das Werk war 1925 auf Veranlassung der IG Farben Bitterfeld zur Weiterverarbeitung von Leichtmetallen gegründet worden. In Rackwitz wurden Versuche mit leichten Metall-Legierungen unternommen, die in der Flugzeugproduktion Verwendung finden sollten. 1932 ging das Werk von den IG Farben an den Unternehmer Bernhard Berghaus über. Ab 1933 erlebte die Firma einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung durch die Beteiligung an der Rüstungsproduktion: die Zahl der Beschäftigten stieg von unter 30 (1933) auf 2.300 (1941) an. Während des Zweiten Weltkriegs wurde vor allem für die Flugzeugindustrie produziert. Außerdem wurden auf dem Werksgelände abgestürzte Flugzeuge gelagert und zu Ersatzteilzwecken und zur Aluminiumgewinnung zerlegt. 1943 beschäftigte das Leipziger Leichtmetallwerk Rackwitz 2.881 Personen, darunter 834 Zwangsarbeiter_innen aus 14 Nationen.

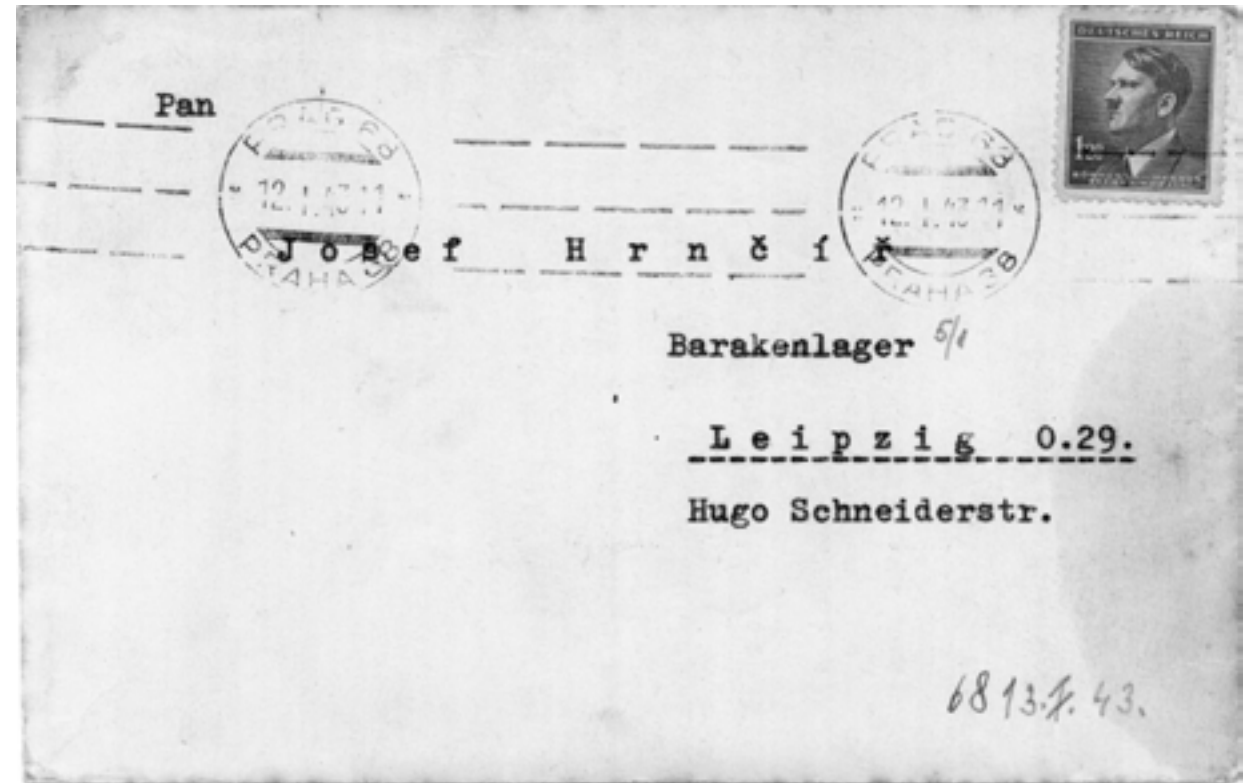
Die Zwangsarbeiter_innen waren im nahe gelegenen „Gemeinschaftslager Rackwitz“ untergebracht. In mehreren Baracken wohnten Frauen und Männer aus Polen und der Sowjetunion, französische und niederländische

Kriegsgefangene sowie italienische Militärinternierte. 13% von ihnen waren Frauen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren hart – sowjetische Zwangsarbeiter_innen bekamen beispielsweise einen sogenannten Stufenlohn, der sich an ihrer Arbeitsleistung bemaß. Außerdem wurden Zwangsarbeiter_innen bestraft, die „an ihrem Arbeitsplatz keine Arbeitsfreudigkeit aufwiesen“.

Bei Luftangriffen am 4.12.1943 sowie am 24./25.3.1944 wurden Teile des Lagers und des Werks zerstört. Ein sowjetischer Zwangsarbeiter und ein deutscher Beschäftigter kamen zu Tode, während die anderen Zwangsarbeiter_innen in Splitterschutzgräben Schutz fanden.

1945 wurde die Firma enteignet, demontiert und in Volkseigentum überführt (VEB Leichtmetallwerk Rackwitz). Sie war die einzige Aluminium-Aufbereitungsanlage in der DDR – dort wurden nach der Währungsunion 1990 die DDR-Münzen eingeschmolzen. Heute befindet sich an diesem Standort ebenfalls ein Aluminium-Umschmelzwerk – die Hydro Aluminium Gießerei Rackwitz GmbH. Als Familie Matthews im April 2019 abermals nach Leipzig kam, habe ich sie auf ihrer Spurensuche nach Rackwitz begleitet. Im Hydro-Werk empfingen uns Geschäftsführer Thomas Stürzebecher und PR-Manager Peter Heimerzheim sowie der Orts- und Firmenchronist Dietmar Brade. Dank vieler historischer Fotografien und Lagepläne sowie eines kleinen Geländerundgangs wurde die Geschichte des Werkes anschaulich. Im Anschluss suchten wir gemeinsam den Standort des ehemaligen Barackenlagers in der Salzstraße auf, in dem Vincent Wojciechowski untergebracht war. Auch wenn dort heute nur noch wenig an die Kriegszeit erinnert, war der Besuch in Rackwitz für Familie Matthews sehr aufschlussreich und bewegend. Denn auch 75 Jahre nach Kriegsende sind es oft die konkreten physischen Orte, durch die sich eine Beziehung zur Geschichte herstellen lässt.

→ Teresa Matthews
am Standort des
ehemaligen
„Gemeinschaftslagers
Rackwitz“



„Mein lieber Pepek“ – Ein Brief an einen tschechischen Zwangsarbeiter in Leipzig

Teresa Hirsch

Mit einer Freundin verbrachte ich diesen Sommer einige Tage in Krakau und machte dort einen historischen Fund, den ich überhaupt nicht erwartet hatte – und das, obwohl quasi jeder Pflasterstein in der Stadt aus Geschichte zu bestehen scheint. Der Stadtteil Kazimierz war seit dem Mittelalter das wichtigste Zentrum jüdischen Lebens in Polen – Standort der ältesten Synagoge und einer europaweit angesehenen Talmudschule. 1941 wurden die jüdischen Bewohner_innen Krakaus zum Umzug in das Ghetto Podgórze gezwungen und fast alle von ihnen später ermordet. Heute ist jüdisches Leben nach Kazimierz zurückgekehrt und das Viertel zieht mit vielen kleinen Galerien, Läden und Restaurants sowohl Einheimische als auch Tourist_innen wie uns an.

Bei einem Spaziergang stießen wir auf dem Plac Nowy (Neuer Platz) auf einen kleinen Markt. An einem der Stände, der alte Bücher und Antiquitäten anbot, entdeckte ich einen großen Kasten mit verschiedenen beschrifteten Fächern – „fashion photos“ und „Kraków postcards“

direkt neben „World War II“. Ich kramte etwas im letzten Fach und hielt kurz darauf einen Briefumschlag mit einer überraschend vertrauten Adresse in der Hand: Stadt Leipzig – Hugo-Schneiderstrasse, Barackenlager 5/1. Der Brief war an einen Herrn Josef Hrnčíř gerichtet, auf Tschechisch verfasst und aus Prag abgeschickt worden. Insgesamt befanden sich in dem Fach mehrere Briefe mit dieser Adresse, die alle mit 1942 oder 1943 datiert waren. Der Standbesitzer konnte nur noch sagen, dass er sie von einem befreundeten Sammler erhalten hatte. Schließlich habe ich einen der Briefe mit zurück nach Leipzig genommen. An dieser Stelle vielen Dank an Martina Lisa, die den Brief übersetzt hat, sodass wir ihn nebenan lesen können.

Leider haben wir keine anderen Informationen über Josef Hrnčíř als das, was wir aus dem Brief an ihn schließen können. Er war auf jeden Fall in den Jahren 1942 und 1943 in Leipzig und der Adresse nach in einem der Barackenlager für Zwangsarbeiter_innen untergebracht, die

an das Hauptwerk der HASAG angeschlossen waren – also sehr nah am heutigen Standort der Gedenkstätte. Ihm war offensichtlich ein regelmäßiger Briefverkehr mit Miroslav Hnát möglich, er konnte Geld von ihm erhalten und zum Jahreswechsel 1942/43 einen Besuch zuhause machen. Aber wo sind zum Beispiel die Briefe geblieben, die Josef Hrnčíř zurückgeschickt haben muss? Weitere Recherchen nach Josef Hrnčíř blieben leider erfolglos. Trotz dieser großen Lücken hoffe ich, in Zukunft noch mehr über diesen Menschen und sein

Schicksal herauszufinden. Denn wie mein zufälliger Fund zeigt, ist die Vergangenheit der Zwangsarbeit in Leipzig immer noch in vielen Spuren gegenwärtig, auch an ganz unerwarteten Orten.

.....
Teresa Hirsch studiert Geschichte an der Universität Leipzig und engagiert sich ehrenamtlich in der GfZL.

Prag, 11.1.1943

Mein lieber Pepek,

ich danke Dir mehrmals für deine Weihnachts- und Neujahrskarte sowie für Deinen Brief, es hat mich sehr überrascht, dass Du wenigstens zu Silvester und Neujahr nach Hause kamst, was ich Dir vom Herzen gönne, dass Du solche Gelegenheit hattest. Ich war ein wenig kränklich und erst heute war ich zum ersten Mal wieder im Büro, wo auf mich etliche Glückwunschkarten und Silvestereinladungen warteten, doch leider habe ich sie erst heute erhalten.

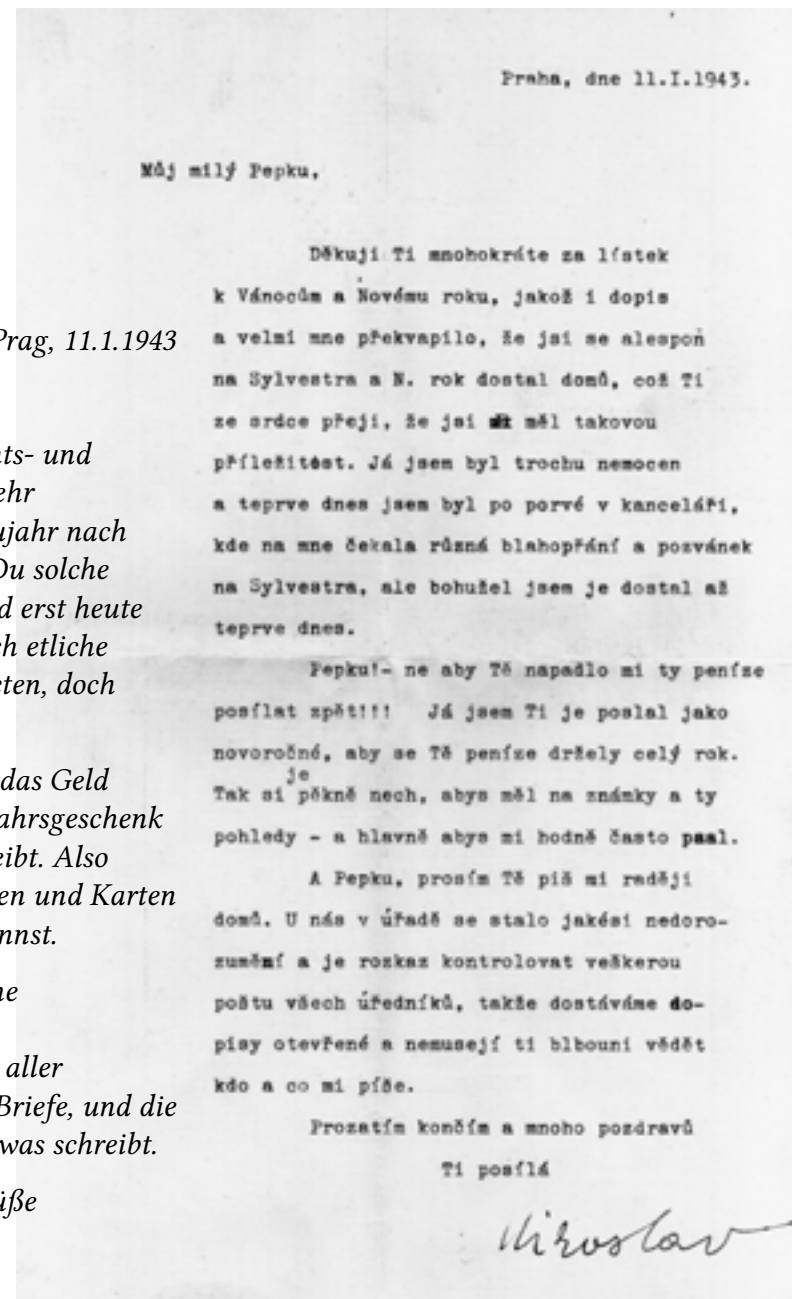
Pepk! - bitte denk nicht einmal daran, mir das Geld zurückschicken zu wollen!!! Ich habe es Dir als Neujahrsgeschenk geschickt, damit das Geld das ganze Jahr bei Dir bleibt. Also behalte es gefälligst, damit Du genug für Briefmarken und Karten hast – und damit Du mir vor allem oft schreiben kannst.

Und Pepek, bitte, schreibe mir lieber an meine Privataadresse. Bei uns im Büro kam es zu so einem Missverständnis und seit dem wird die gesamte Post aller Beamten kontrolliert, wir bekommen also geöffnete Briefe, und die Dummköpfe müssen ja nicht gleich wissen wer mir was schreibt.

Ich komme für dieses Mal zum Ende und grüße

Dich ganz herzlich

Unterschrift: [Miroslav]



Standorte ehemaliger KZ-Außenlager und NS-Zwangsarbeitslager werden Bestandteil der Kulturdenkmalliste des Freistaates Sachsen

Ein Interview von Josephine Ulbricht mit Dr. Michael Strobel



Anfang November trafen sich in Leipzig Archäolog_innen, Denkmalpfleger_innen, Gedenkstättenmitarbeiter_innen und Historiker_innen zum internationalen Workshop „Stätten der NS-Zwangsarbeit in Sachsen, Böhmen und Schlesien als archäologische Kulturdenkmale und Erinnerungsorte“. Die Erfassung und Unterschutzstellung von NS-Zwangsarbeitslagern steht im Freistaat Sachsen noch am Anfang. Wir haben mit dem Initiator des Workshops, Dr. Michael Strobel vom Landesamt für Archäologie Sachsen, über den Workshop, die Erstellung einer Kulturdenkmalliste und die Bedeutung lokaler Initiativen für dieses Vorhaben gesprochen.

Was war der konkrete Anlass für Sie, diesen Workshop anzustoßen?

Wir haben vor knapp zwei Jahren damit begonnen, eine Kulturdenkmalliste für den Freistaat Sachsen zu erstellen. Die Publikation von Hans Brenner und anderen zu „NS-Terror und Verfolgung in Sachsen. Von den Frühen Konzentrationslagern bis zu den Todesmärschen“, in der die Außenlagerstandorte katalogartig erfasst sind, war für mich Anlass, auch diese Lager aus der NS-Zeit einzubeziehen. Ich muss persönlich gestehen, dass mir das Ausmaß und die Vielzahl dieser Lagerstandorte nicht so präsent war, doch recht schnell ist mir klar geworden, dass man bei den Außenlagern nicht stehen bleiben kann, sondern alle Kategorien von Lagern einbezogen werden müssen.

Warum das Format eines Workshops?

Mir war es wichtig, einen Austausch mit Kollegen und Kolleginnen und Historikern und Historikerinnen zu erlangen. Zum einen als Input für die eigene Arbeit, um Leitplanken sowie Konflikt- und Spannungsfelder zu erkennen. Und zum zweiten, um sich einen Überblick

über die Landschaft des bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen. Je kommunikativer und kooperativer so ein Prozess gestaltet wird, desto einfacher ist es, widersprüchliche Interessen zu verhandeln, denn Historiker denken anders als Archäologen. Man muss erkennen, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen gibt, die man in seine Überlegungen und die anschließenden administrativen Prozesse einbeziehen sollte.

Welche nächsten Schritte sind im Hinblick auf die Aufnahme der Lagerstandorte in die Kulturdenkmalliste geplant?

Die Erstellung einer Kulturdenkmalliste ist ein formaler, institutioneller und administrativer Vorgang. Wir gehen kreisweise vor. Der Landkreis Nordsachsen ist bearbeitet. Der Landkreis Leipzig ist gerade in Arbeit und der nächste Landkreis wird Mittelsachsen sein. Was die Lagerstandorte angeht, so sind wir bemüht, unabhängig von dieser kreisweisen Vorgehensweise, weitere Plätze zu erfassen und gegebenenfalls als Denkmale auszuweisen, damit diese in unserem Geoinformationssystem (GIS) verzeichnet sind.

„Oral History“ ohne Erzählbereitschaft:

zivile NS-Zwangsarbeiterinnen aus Westeuropa zwischen weiblicher Subjektivität und dem Stigma der „Deutschen Hure“

Rike Schreiber

↑ Passbilder niederländischer Zwangsarbeiterinnen, die
1942 in Amsterdam rekrutiert und zur HASAG nach Leipzig
geschickt wurden (Bild: Stadsarchief Amsterdam)



Für den aktuellen Newsletter möchte ich einige Problematiken umreißen, die die Repräsentation von Frauenbiografien in Forschung, offizieller Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur der Zwangsarbeit betreffen.

Das Recherchieren von Frauengeschichte über klassische Quellen wie Archivakten bringt – selbstverständlich abhängig von der Forschungsfrage – nicht selten Probleme mit sich. Erfahrungen marginalisierter Gruppen, die nicht oder nur teilweise Teil der bürgerlich-hegemonialen Gesellschaft sind, drücken sich selten in Form von Archivierung aus. Man muss weitere Quellen hinzuziehen, um sich Frauen in ihrer historischen Subjektivität und lebensgeschichtlichen Erfahrung zu nähern.

Möchte man einen ernsthaften Versuch wagen, eine häufig sehr androzentrische „Universalgeschichte“ durch Perspektiven zu erweitern, die auch Lebenswelten von Frauen in den Fokus nehmen, kommt man nicht um „Oral History“ und weitere Quellen abseits von klassischem Archivmaterial herum. „Oral History“, also mündlich

übertragene Erfahrungsgeschichte in Form von (lebensgeschichtlichen) Interviews, ist eine sozialwissenschaftlich geprägte Methode der Geschichtswissenschaft, welche häufig in der Alltags- und Lokalgeschichte Anwendung findet. Spätestens seit den 1990er Jahren, in Zusammenhang mit den Debatten um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeiter_innen, entstand relativ breite Zwangsarbeiterinnenforschung mit rekonstruktiven Ansätzen, welche sich der „Oral History“ bedienten. Viele Wissenschaftler_innen und Institutionen haben angefangen für Forschungsprojekte, aber auch für pädagogische Zwecke, biografisch-narrative Interviews durchzuführen, zu übersetzen, zu transkribieren, zu archivieren und aufzubereiten, um sie, häufig sogar digitalisiert, nutzen zu können

Individuelle Geschichten, vermittelt in lebensgeschichtlichen Interviews, dienen nicht dazu, repräsentative Aussagen über alle Angehörigen einer untersuchten sozialen Gruppe zu liefern. Jedoch können mit bestimmten Methoden interpretativer Sozialforschung Fallrekonstruktionen durchgeführt werden, welche auch Rück-



Wie muss man sich Ihre Vorgehensweise konkret vorstellen?

Unser GIS ist mit einer Sachdatenbank verknüpft, in der alles, was wir im Freistaat Sachsen kennen, erschlossen und auch für Kollegen zugänglich ist. In dieses System speisen wir neue Kulturdenkmale ein, legen neue Datensätze an und weisen die Flächen im GIS aus. Besonders wichtig ist dabei eine möglichst exakte Geodifferenzierung, daher ein möglichst exakter Raumbezug, da wir die Standorte der Denkmale parzellengenau angeben müssen, denn dahinter stehen rechtliche Dinge, gesetzliche Vorgaben und Verwaltungsschritte. Bei der Lokalisierung bewegt uns vor allem die Frage, wie viel Denkmalsubstanz noch im Boden steckt.

Wie finden Sie heraus, ob noch Denkmalsubstanz im Boden vorhanden ist?

Wir greifen nicht in den Boden ein; gegraben wird erst, wenn gebaut wird. Aber wir können dies anhand kartographischer Werkzeuge prüfen. Beispielsweise Orthofotos unterschiedlicher Jahrgänge, Luftbilder aus den 1950er Jahren und aktuellere Luftbilder, die uns Aufschlüsse über Strukturen im Boden geben. Hinzu kommt das digitale Höhenmodell, auf dem sich die entsprechenden Strukturen abzeichnen und das insbesondere für Waldbereiche wichtig ist. Im städtischen Bereich ist es schwieriger, Veränderungen im Boden ausfindig zu machen, da hier die Lagerstandorte meist durch Überbauung verschwunden und überformt sind. Welche Kriterien muss ein Standort erfüllen, um in die Kulturdenkmalliste aufgenommen zu werden? Die sogenannte ‚Denkmalfähigkeit‘ setzt ein öffentliches Interesse voraus und es muss ein gewisses Maß von Denkmalsubstanz im Boden zu erwarten sein. Die begründete Vermutung ist ausreichend, um eine Denkmalfäche auszuweisen.

Welche Konsequenzen hat eine Eintragung der Lagerstandorte in die Kulturdenkmalliste?

Beispielsweise bei Bauvorhaben: In dem Moment, wo ein Bauherr auf so einem Standort bauen möchte, sieht der Kollege, der diesen Antrag bearbeitet, im GIS, dass sich dort ein Zwangslager befunden hat. Er wird dann entsprechende Auflagen erteilen oder gegebenenfalls andere Maßnahmen einleiten, wie beispielsweise Erhaltungsmaßnahmen.

Was würden Sie sich von lokalen Initiativen, die sich vor Ort mit ehemaligen KZ-Außenlagern oder NS-Zwangsarbeitslagern beschäftigen, wünschen?

Wissen und Informationen. Solche Initiativen sind wichtig, denn sie haben meistens Vorarbeiten geleistet, auf die wir bei unserer Arbeit – der Lokalisierung und Bewertung der Denkmalwürdigkeit – zurückgreifen können. Sie können gern Kontakt zu mir aufnehmen, dann kann ich die Akteure kennenlernen und etwas erfahren, über die entsprechenden Flächen, auf die sich ihre Arbeit bezieht, wo sie bspw. Gedenktafeln aufbauen und Führungen geben.

Kontakt:

Dr. Michael Strobel

Landesamt für Archäologie Sachsen

Mail: michael.strobel@lfa.sachsen.de

Telefon: 0351/89 26 90 2

.....
Josephine Ulbricht ist Mitarbeiterin der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.

schlüsse auf ähnliche Fälle zulassen. Die sehr offen gestalteten Interpretationswege von Fallrekonstruktionen, z.B. im Sinne eines objektiv-hermeneutischen Ansatzes (vgl. z.B. Rosenthal 2014) vermeiden die Anwendung äußerer Theorien auf ein Interview, sondern versuchen Hypothesenbildung und -prüfung am Einzelfall durchzuführen. Im Anschluss werden die Fälle miteinander kontrastiert.

Für meine Masterarbeit, in der es um die narrative Integration der zivilen¹ Zwangsarbeitserfahrung in den eigenen Lebenslauf geht, wollte ich eine besonders starke Kontrastierung wählen: jeweils ein Interview von einer sogenannten ehemaligen „Ostarbeiterin“ (zivile Zwangsarbeiterin aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion) und einer Westzwangsarbeiterin (aus Frankreich, Belgien oder den Niederlanden). Unterschiedliche NS-ideologische Annahmen über diese beiden Personengruppen, unterschiedliche Sozialisationsräume und Gesellschaftsformen, unterschiedliche Arbeits- und (Über-)Lebensbedingungen während des Zwangsarbeitseinsatzes – dies schien mir eine gute Grundlage für eine Kontrastierung von Erfahrung, um mich verschiedenen Fragestellungen zu nähern: gibt es die eine „weibliche Zwangsarbeitserfahrung“ oder essenzialisiert man mit dieser Annahme nur Weiblichkeit? Welche Handlungsräume ergeben sich aus den unterschiedlichen Vorbedingungen, in denen die Frauen sozialisiert wurden? Welchen Unterschied macht die nationale Erinnerungspolitik für den Erinnerungsdiskurs?

Dies führte mich zu einem Problem: in keinem digitalen Archiv fand ich weder nur aufgenommene, noch bereits transkribierte Interviews von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen aus Westeuropa. Davon, selbst auf die Suche zu gehen und mich an Opferorganisationen in den west-

europäischen Ländern, die einst durch die Nazis besetzt waren, zu wenden, hielten mich zwei Beiträge Regina Plaßwilm (2011, 2015) ab: Plaßwilm war es in ihren Studien zu Erinnerungsdiskursen von NS-Zwangsarbeiter_innen in Ost- und Westeuropa nicht möglich, diese um die Interview-Perspektive mit Westzwangsarbeiterinnen zu erweitern, da sie keinen Rücklauf von Personen hatte, die ihr als Interviewpartnerinnen zur Verfügung stehen wollten.²

Dies verwundert sehr, denn allein die Zahlen für französische zivile Zwangsarbeiterinnen liegen je nach Quelle bei 80.000 (Fauroux 2019) bis 82.000 Frauen (zwangsarbeit-archiv.de). Das Zwangsarbeit-Archiv geht zudem von ca. 38.100 Niederländerinnen und knapp 65.700 Belgierinnen aus, die sich während des 2. Weltkriegs in Deutschland zur Zwangsarbeit aufgehalten haben. Dazu kommen noch die Zwangsarbeiterinnen, die zur Arbeit in ihren Heimatländern verpflichtet wurden.

Plaßwilm (2015) argumentiert, dass die fehlende Bereitschaft, die eigene Lebensgeschichte zu erzählen mit einem Stigma der „Freiwilligkeit“ zusammenhängt. In den jeweiligen nationalen Narrativen, die die Erinnerungskultur prägen, haben sich diese Frauen „anwerben lassen“, gelten als Freiwillige oder gar Kollaborateurinnen. Oftmals wird das Stigma sogar sexualisiert, die Frauen galten und gelten als „Deutsche Huren“. Während der Besatzungszeit sah man zuweilen in den okkupierten westeuropäischen Staaten junge Frauen, die Kontakte zu deutschen Soldaten hatten (Fauroux 2019). Egal ob diese Kontakte zufälliger, spontaner, unverbindlicher, freundschaftlicher, romantischer, sexueller Art oder an wirtschaftliche Existenz geknüpft waren, sie waren mehr als verpönt. Sie wurden außerdem fälschlich auf Zwangsarbeiterinnen im deutschen Kernreich übertragen, die hingegen äußerst selten mit deutschen Soldaten in Kontakt kamen. Diese waren schließlich meistens an der Front. Soziale Kontakte

zu anderen Männern herrschten eher in Zwangsarbeitskreisen oder zu Kriegsgefangenen der eigenen Nationalität. Ein weiterer gängiger Vorwurf an ehemalige Zwangsarbeiterinnen ist auch, dass diese sich nach Deutschland anwerben lassen haben, und „feiern“ wollten (Plaßwilm 2015: 190). Selbst wenn dieser Vorwurf gerechtfertigt wäre: welcher jungen Frau in der Mitte des 20. Jahrhundert wäre es zu verübeln, sich vom Elternhaus und womöglich aus einer patriarchalen Umgebung lösen zu wollen, überhaupt eine Möglichkeit zu haben, ins Ausland zu gehen und dort Unabhängigkeit zu erfahren? Die „freiwilligen“ Arbeiterinnen holte der Zwangscharakter meist schnell genug ein, die Arbeitsbedingungen waren denkbar schlecht und sie konnten ihre Verträge nicht aufkündigen, doch die individuellen oder propagandistisch nahegelegten Motivationen, sich in Deutschland zum Arbeitseinsatz verpflichten zu lassen, sind vielschichtiger, als die Kollaborationsvorwürfe suggerieren.

Um es etwas zugespitzt zu formulieren: eine männlich geprägte und nur männliche Schicksale repräsentierende nationale Erinnerungskultur hat keinen Platz für Frauen, die vermeintlich oder faktisch in (sexueller) Verfügbarkeit des Feindes standen, egal ob aus Gründen der Gewalt, der materiellen Not oder der eigenen Selbstbestimmung. Ein Diskurs um Geschlechterverhältnisse zu Kriegszeiten ist aus meiner Sicht in der Erinnerungskultur dringend nötig. Es fehlt eine Thematisierung von Frauen(körpern) und ihrer potentiellen Verfügbarkeit im Kriegskontext: sowohl ihr Einsatz in der Kriegswirtschaft als auch ihr Dasein als Projektionsfläche in der Erinnerungskultur, als „Eigentum des männlichen Feindes“.

Auch bei mir haben Fragen in Mail-Verteilern oder bei Kolleg*innen, ebenso wie Anrufe in Institutionen, die mit dem Thema NS-Zwangsarbeit in Verbindung stehen, keine Rückmeldungen hervorgebracht. Es scheint bislang niemand, weder systematisch noch individuell Biografien von Westzwangsarbeiterinnen gesichert zu haben. Während ich mich nun aus

praktischen Gründen für eine andere Kontrastierung entscheide, bleiben die Fragen: Wie interpretieren ehemalige Westzwangsarbeiterinnen ihre Handlungsräume – abseits der Stigmata als Kollaborateurinnen? Können nationale Erinnerungspolitiken noch insoweit rechtzeitig verändert werden, dass ehemalige Westzwangsarbeiterinnen zumindest öffentlich über ihre Schicksale sprechen können, solange sie noch am Leben sind – oder bleibt dies in vermittelter Erinnerung einer Folgegeneration überlassen?

.....
Rike Schreiber studiert Kulturwissenschaften an der Uni Leipzig und forscht im Rahmen ihrer Masterarbeit über die Integration von NS-Zwangsarbeitserfahrungen in den Biografien von Frauen aus Ost- und Westeuropa.

Literatur/Quellen:

• Fauroux, Camille (2019): Französische Zwangsarbeiterinnen. Zivilarbeiterinnen aus Frankreich in der Berliner Rüstungsproduktion. Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Berlin
Schöneweide, Vortrag am 28.03.2019.

• Plaßwilm, Regina (2011): Grenzen des Erzählbaren. Erinnerungsdiskurse von NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Ost- und Westeuropa. Zugl.: Düsseldorf, Univ., Philos. Fak., Diss., 2009. 1. Aufl. Essen: Klartext-Verl.

• Plaßwilm, Regina (2015): Grenzen des Erzählbaren. Weibliche Narrationen im Kontext von nationalen Erinnerungsdiskursen am Beispiel von Westzwangsarbeiterinnen. In: Alina Bothe und Christina Isabel Brüning (Hg.): Geschlecht und Erinnerung im digitalen Zeitalter. Neue Perspektiven auf ZeitzeugInnenarchive. Berlin, Münster: LIT (Historische Geschlechterforschung und Didaktik, Band 4), S. 179–203.

• Rosenthal, Gabriele (2015): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. 5., aktualisierte und ergänzte Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa

• Zwangsarbeit-Archiv: Die nationalsozialistische Zwangsarbeit- Hintergrundinformationen. Online verfügbar unter <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/zwangsarbeit/zwangsarbeit/zwangsarbeit-hintergrund/index.html>, zuletzt geprüft am 02.10.2019

¹ „Zivile Zwangsarbeit“ meint die Zwangsarbeit, die nicht von Kriegsgefangenen, Schutzhäftlingen oder Konzentrationslagerhäftlingen ausgeführt wurde, sondern von unter falschen Versprechungen angeworbenen oder zwangsdeportierten Zivilpersonen aus den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten.

² In ihrer Studie werden also nur Erfahrungen von Männern aus Westeuropa, die Zwangsarbeit in Deutschland geleistet haben mit sowjetischen Zwangsarbeiter_innen ins Verhältnis gesetzt.



↑ Die Häuser der KZ-Aufseherinnen auf dem Gelände des ehemaligen KZ Ravensbrück.

„Sie sei erschüttert gewesen, als sie die Häftlinge (...) sah“

Aufseherinnen der HASAG Leipzig – Der Lebenslauf einer „ganz normalen“ Frau

von Annkathrin Richter

Die Rolle der Frau im Nationalsozialismus wurde zunächst lange Zeit ignoriert, später dann kontrovers diskutiert. Von der Auffassung, Frauen wären Opfer des nationalsozialistischen Regimes gewesen, entwickelte sich erst in den 1980er Jahren eine andere Sichtweise, die Frauen auch als Mittäterinnen und eigenständige Akteurinnen sah. Etwa 4000 Aufseherinnen waren insgesamt in Konzentrationslagern mit weiblichen Gefangenen angestellt. Auch im KZ der HASAG in Leipzig, dem größten Frauenaußenlager Buchenwalds wissen wir von mindestens 89 Aufseherinnen. Im Folgenden soll die Biografie von Elfriede B. vorgestellt werden, deren Lebenslauf als exemplarisch für eine SS-Aufseherin gelten kann. Im Rahmen unserer AG Aufseherinnen gelang es uns, ihr Leben relativ detailliert nachzuvollziehen, was vor allem den strafrechtlichen Ermittlungen gegen sie zu verdanken ist.

Wenn Rüstungsbetriebe Zwangsarbeiter_innen beschäftigten, mussten sie in der Regel Aufseher_innen aus ihrem eigenen Personal rekrutieren.¹ Viele der KZ-

Aufseherinnen bei der HASAG, aber auch in anderen Konzentrationslagern angestellte Aufseherinnen waren zunächst als Arbeiterinnen tätig. Sie verfügten in der Regel über eine niedrige Schulbildung.

Dies war auch bei der HASAG der Fall: im Sommer 1944 wurde in Leipzig ein Frauenaußenlager eingerichtet, in dem 5000 Gefangene Zwangsarbeit leisten mussten. Um die Bewachung dieser Frauen sicher zu stellen wurden Aufseherinnen benötigt. Die meisten uns bekannten Aufseherinnen waren zuvor in anderen Rüstungsbetrieben angestellt und kamen erst später zur HASAG. So auch Elfriede B. Sie wurde am 1. Mai 1921 in Zeitz geboren, besuchte bis zu ihrem 14. Lebensjahr die Volksschule und war ein Jahr lang Mitglied beim Bund deutscher Mädel (BDM). Nach der Schule arbeitete sie in einer Firma für Seife, aber auch Kakao- und Zuckerwaren in Zeitz bis sie nach eigenen Angaben im Mai 1941 in die Arado-Werke, einen Flugzeughersteller in Wittenberg durch das Arbeitsamt dienstverpflichtet wurde.

Im Frühsommer wurde durch die Werksleitung ein Aushang herausgegeben, sich freiwillig für den Dienst

in der Waffen SS als KZ-Aufseherin zu melden. In ihrer Urteilsbegründung vom 11.10.1949 heißt es: „Die Angeklagte Burckhardt wollte bei den Aradowerken entlassen werden. Neumeister [ein ihr Vorgesetzter] verweigerte ihr das und sagte zu ihr, es würden Frauen zur Betreuung ausländischer Arbeiterinnen benötigt. Durch die Bestimmtheit (...) will sie sich nicht mehr geweigert haben und ist mit nach Ravensbrück gefahren.“²

Von insgesamt ca. 4000 deutschen KZ-Aufseherinnen wurden etwa 3500 im Konzentrationslager Ravensbrück ausgebildet.³ Die Ausbildungsdauer variierte stark. Waren von der SS drei Monate vorgesehen, so dauerte die Ausbildung später auf Grund des großen Mangels an Aufseherinnen nur noch einige Wochen oder Tage. Die Schulung bestand aus einem praktischen Teil, (z.B. der Gebrauch einer Waffe oder das Führen von Hunden) als auch aus einer theoretisch/ideologischen Schulung.

In einem Vernehmungsprotokoll vom 14.04.1949 heißt es: „Am 15.08.1944 wurden wir in Marsch gesetzt und kamen in Ravensbrück an. Wo wir sahen, dass hier ein grosses KZ-Lager war. Wir meldeten uns zur Aufnahme unserer Personalien bei der Kommandatur, wo wir verschiedene Sachen unterschreiben mussten, aber keine Zeit hatten, sie vorher durchzulesen.“⁴ Nach ihrer Aussage wurde sie hier auch über die verschiedenen Winkel im KZ unterrichtet. Das Schlagen wurde ihnen untersagt, aber strenger Umgang empfohlen. Zudem wurde sie darauf hingewiesen, dass jedes persönliche Sprechen mit Häftlingen untersagt wäre ebenso wie die Duldung von Gesprächen zwischen Fabrikarbeitern mit Häftlingen.

Trotz des großen Bedarfs nach Aufseherinnen blieb die SS bei der Auswahl der Frauen wählerisch. Sie sollten jung, ledig, mindestens 1,60 Meter groß, kinderlos, ohne Schulden, politisch loyal zum NS-Regime und in körperlich guter Verfassung sein. Wie auch SS-Männer mussten Frauen einen lückenlosen Lebenslauf bei der SS einreichen.

Das durchschnittliche Alter der bekannten 89 HASAG Aufseherinnen liegt bei 24,5 Jahren. Elfriede B. begann im Alter von 23 Jahren ihre Ausbildung in Ravensbrück.

Ebenfalls in dem Vernehmungsprotokoll vom 14.04.1949 äußert Elfrieden B.: „Auf Bezug der Entlohnung und Verpflegung, Unterkommen usw. wurden uns grosse Ver-

sprechungen gemacht.“⁵ Sie sei sehr erschüttert gewesen, als sie die Häftlinge (...) sah. Etwas näheres über die tatsächlichen Zustände in Ravensbrück sei ihr nicht bekannt geworden.

Nach der Ausbildung war sie zunächst für einige Monate bei den Rheinmetallwerken Sömmerda tätig und wurde nach kurzer Zeit zur HASAG nach Leipzig versetzt. Über ihre konkrete Tätigkeit im Außenlager HASAG-Leipzig ist bisher nichts bekannt. Mit Näherkommen der Alliierten begleitete Elfriede B. einen der Todesmärsche. Nach der Befreiung ging sie zurück nach Zeitz, meldete sich beim dortigen Gemeindevorsteher und teilte mit, dass sie bei der SS war. Am 21. Mai wurde sie von den Amerikanern in Haft genommen und kam ins Internierungslager nach Ohrdruf und von dort weiter nach Ludwigsburg. Nach zwei Jahren und sieben Monaten wurde sie im Dezember 1947 entlassen.

Ihre Zeit im Internierungslager Ludwigsburg beschreibt sie folgendermaßen: „In dem Lager haben auch Hochzeiten stattgefunden und die Behandlung war gut. [...] Zu Festtagen wurde Kuchen gebacken und für Überraschungen gesorgt [...]. Ich bin der Meinung, dass ich für meine Zugehörigkeit in der SS und als KZ.-Aufseherin durch diese Internierung bereits genug bestraft worden bin.“⁶

Im Internierungslager lernte sie auch ihren Mann Heinz R. kennen, mit dem sie sich dort verlobte und später ein Kind bekam. 1949 wurde sie erneut festgenommen und im sog. Arado-Prozess⁷ in Wittenberg als Hauptbeschuldigte zu vier Monaten Haft verurteilt. Ihre Untersuchungshaft wurde ihr angerechnet. Danach kehrte sie nach Aylsdorf bei Zeitz zurück und arbeitete dort erneut in einer Firma. Elfriede B. stellt als eine verurteilte Frau eine Ausnahme dar. Die meisten SS-Aufseherinnen hatten mit keinen strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen. Sie verstarb 2015 in Thüringen.

.....
Annkathrin Richter studiert Geschichte und ist ehrenamtlich in der AG Aufseherinnen der GfZL tätig.

1 Tzani, Fotini: Zwischen Karrierismus und Widerspenstigkeit – SS-Aufseherinnen im KZ-Alltag, Bielefeld 2011, S. 31.

2 BStU, BV Halle Ast 6407/49 (Vernehmungsprotokolle 04 und 05/1949, Halle).

3 Vgl. Schwarz, Gudrun: Verdrängte Täterinnen. Frauen im Apparat der SS (1939-1945), in: Wobbe, Theresa (Hrsg.): Nach Osten. Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen, Frankfurt a. M. 1992, S. 215/219.

4 BStU, BV Halle Ast 6407/49 (Vernehmungsprotokolle 04 und 05/1949, Halle).

5 BStU, BV Halle Ast 6407/49 (Vernehmungsprotokolle 04 und 05/1949, Halle).

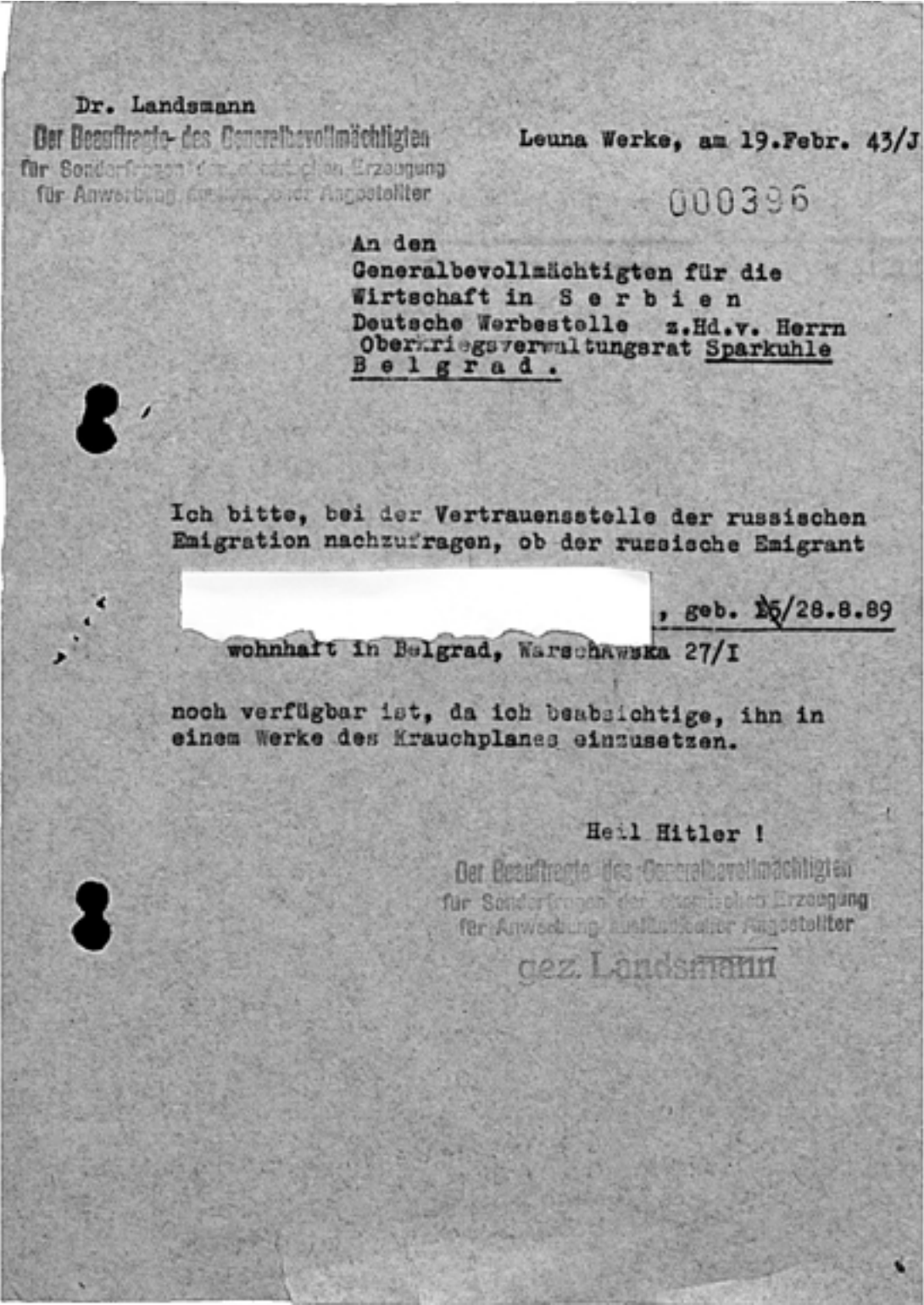
6 Ebd.

7 Der Arado Prozess am 11.10.1949 war einer der letzten Prozesse in der SBZ und das größte Sammelverfahren. Er kam zustande, da zwei Überlebende eine ehemalige Aufseherin in Wittenberg erkannten. Da es keine wörtlichen Mitschriften aus dem Prozess gibt, ist unklar ob Zeug_innen vor Gericht ausgesagt haben. Mehr dazu siehe: Wolfram, Lavern: Der Arado-Prozess, in: Erpel, Simone (Hrsg.): Im Gefolge der SS. Aufseherinnen des Frauen-KZ-Ravensbrück, Berlin 2018, S. 187-197.

Die Leunawerke – Knotenpunkt der NS-Zwangsarbeit in Mitteldeutschland¹

Mirko Adrian Koch

↓ Nachfrage zum Status einer potentiellen Arbeitskraft (LASA, Mer, I 525 Nr.1050 Bl.396)]



¹ Dieser Text basiert auf einem gleichnamigen Forschungsbericht, der 2020 in Merseburg veröffentlicht werden wird

In der letzten Ausgabe dieses Newsletters schildert Alexander Schwerdtfeger-Klaus seine Recherchen zur Biografie des französischen Zwangsarbeiters René Largenté². Schwerdtfeger-Klaus beschreibt Largentés verschiedene Einsatzorte in Leipzig und schließlich seinen Tod im Arbeitserziehungslager (AEL) in Zöschen im heutigen Sachsen-Anhalt. Im erwähnten Artikel lassen sich bereits die engen Verbindungen im Mitteldeutschen Industrieraum zwischen 1933 und 1945 erahnen, die im Folgenden vertiefter dargestellt werden sollen.

Die Bedeutung des Ballungsgebietes Leipzig-Leuna-Merseburg für die Kriegswirtschaft während des Nationalsozialismus lässt sich anhand mehrerer geografischer Faktoren erklären. Im Vergleich zu zentralen aber grenznahen Wirtschaftsstandorten etwa im Rhein- und Ruhrgebiet galt das Gebiet um Leipzig als im Kriegsfall leichter zu verteidigen.³ Durch das Vorhandensein reicher Braunkohlevorkommen im Leipziger Südraum und im Geiseltal war der unkomplizierte Zugriff auf eine wichtige Ressource für die Herstellung von Leichtbenzin oder synthetischem Kautschuk (Buna) gesichert⁴. Leipzig stellte mit seinen damals ca. 707.000 Einwohner_innen die bevölkerungs- und somit arbeitskraftstärkste Stadt in Sachsen dar. Hier waren schon vor 1933 viele metallverarbeitende Unternehmen wie etwa die Hugo Schneider Aktiengesellschaft (HASAG) oder die Allgemeine Transportanlagen Gesellschaft (ATG) mit großen Produktionsstätten ansässig, die bereitwillig ihren Schwerpunkt von Zivil- auf Kriegsproduktion verlagerten.

² vgl. Schwerdtfeger-Klaus, Alexander (2018): Das Schicksal eines französischen Zwangsarbeiters in Leipzig- Gohlis. IN: Newsletter der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig 7. S.20-22

³ vgl. Urban, Thomas (2006): Zwangsarbeit im Tagebau. Der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 1939 bis 1945. Klartext. Essen. S.105

⁴ gl. ebd. S.106ff.

Für den Bereich der Chemieproduktion kommt dem Ammoniakwerk Merseburg GmbH⁵ der IG Farben eine zentrale Bedeutung für die Region zu. Von hier aus wurden für die deutsche Autarkiepolitik zentrale Werke geplant und gegründet. Nicht nur wurde das IG-Farben-Werk in Auschwitz-Monowitz hier am Reißbrett geplant und ab 1941 von mehr als 2000 Merseburger Ingenieuren, Vorarbeitern und Schreibkräften vor Ort aufgebaut⁶. Auch auf regionaler Ebene war das Werk von großer Bedeutung. Mit Patenten der Leunawerke wurde am 25.10.1934 die Braunkohle-Benzin AG (Brabag) gegründet, deren Ziel die Benzinhydrierung aus Braunkohle war. Einer von vier großen Standorten der Brabag befand sich in Böhlen im Leipziger Südraum⁷. Der ständig wachsende Bedarf der mitteldeutschen Chemiestandorte an Arbeitskräften sollte durch Zwangsarbeiter_innen gedeckt werden. Bereits für Oktober 1939 ist der Einsatz polnischer Kriegsgefangener in der Kohlegrube in Böhlen dokumentiert.⁸ Der Einsatz von Kriegsgefangenen war jedoch an „sabotageempfindlichen Stellen“ der chemischen Produktion streng reglementiert und eingeschränkt.⁹ Somit rückten zivile, der Einschätzung nach leichter zu kontrollierende, Zwangsarbeiter_innen in den Fokus. Hier fungierten die Leunawerke als wichtiger Knotenpunkt. Spätestens ab 1942 griff die „Gefolgschaftsabteilung“ unter Führung des Ingenieurs Erich Landsmann auf ein Netzwerk zur Beschaffung von Arbeitskräften aus dem Ausland zurück, das zunächst

⁵ synonym auch als Leunawerke bezeichnet

⁶ vgl. Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Merseburg (LASA, Mer) I 525, Nr. 14841; Abwicklungsstelle Auschwitz

⁷ vgl. Baumert, Martin (2016): NS-Zwangsarbeit und Erinnerungskultur im Landkreis Leipzig. Das Beispiel Böhlen-Espenhain IN: Brunner, Detlev / Kenkmann, Alfons (Hg.): Leipzig im Nationalsozialismus. Leipziger Universitätsverlag. S. 91-114. Sowie die von Martin Baumert und Martin Haufe konzipierte Fahrradtour

⁸ vgl. Baumert (2016) S.97

⁹ vgl. LASA,Mer: I525 Nr. 1055 Bl 2

Das Jüdische Zwangsarbeitslager Skarżysko-Kamienna und der Leipziger Kamienna-Prozess

von Finja Schäfer



Denkmal am ehemaligen Werk A der HASAG in Skarżysko-Kamienna (GfZL, 2016)

Die Hugo-Schneider-Aktiengesellschaft, kurz HASAG, 1863 als Lampenfabrik in Leipzig gegründet, war ein privatwirtschaftlicher Rüstungsbetrieb. In der Zeit des Nationalsozialismus war sie laut Oswald Pohl die drittgrößte private Arbeitgeberin von zur Zwangsarbeit genötigten KZ-Häftlingen. Ihren Hauptsitz hatte die HASAG, deren Generaldirektor ab 1935 Paul Budin war, in Leipzig. Mit der Besetzung Polens expandierte sie 1939, gefördert durch persönliche und wirtschaftliche Beziehungen Budins, ins Generalgouvernement. Dort

verwaltete sie bis zum Sommer 1944 insgesamt sechs Fabriken mit betriebseigenen jüdischen Arbeitslagern. Eines dieser Lager lag in Skarżysko-Kamienna, wo seit 1926 eine Munitionsfabrik existierte. Hugo Dalski, ein Deutscher, der bereits zuvor als Leiter im Betrieb tätig gewesen war, wurde zum Geschäftsführer ernannt. In den ersten Jahren gab es dort allerdings noch kein jüdisches Lager, es wurde erst im April 1942 eingerichtet. Abermals durch strategisch kluge Beziehungen sowie ausreichende finanzielle Mittel gelang es Budin, die Kon-

„zivile Zwangsarbeiter_innen“ schwerpunktmäßig aus Belgien, Nordfrankreich, Bulgarien und Serbien ins Deutsche Reich schaffte und dann auf die entsprechenden Werke verteilte.¹⁰

Mit den Luftangriffen auf die als entscheidend beurteilten Standorte der Benzinproduktion ab Frühjahr 1944 erfuhr der Einsatz von Zwangsarbeiter_innen durch die Heranziehung von KZ-Häftlingen für Abraumarbeiten und Produktion seine finale Eskalation. Dem „Geilenberg-Stab“, der zum Wiederaufbau der Benzinproduktion eingerichtet war, gehörten SS, Rüstungsministerium und die jeweiligen Ingenieure der Betriebe an. Im Rahmen des Geilenberg-Programms wurden ca. 100.000 KZ-Häftlinge aus anderen Bereichen abgezogen und für Wiederaufbau bzw. Verlagerung der Benzinproduktion unter Tage eingesetzt.¹¹ Für Mitteldeutschland organisierte die Leunaer Abteilung von Erich Landsmann die Selektionen und die Buchführung. In den Akten der Leunawerke finden sich folgerichtig tabellarische Aufzeichnungen, die für den 26.06.1944 die Bereitstellung von insgesamt 2000 KZ-Häftlingen für den Einsatz im Leipziger Südraum (Böhlen, ASW Aktiengesellschaft Sächsische Werke und Espenhain) dokumentieren.

Die Rolle der Leunawerke dient exemplarisch dazu in aller gegebenen Kürze die engen Verknüpfungen der Industriestandorte Leuna/Merseburg und Leipzig/Böhlen zu skizzieren und den Blick auf deren Betrachtung als eng zusammenhängendes ineinandergreifendes System zu lenken. Ein wichtiger Teil der Arbeit der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL) ist es lokale Geschichte - primär in Leipzig - für eine interessierte Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Das sich kontinuierlich steigernde Angebot an Stadtteilrundgängen und Fahrradtouren sowie die steigende Resonanz auf diese Vermittlungsangebote ist dabei als absolute Erfolgsgeschichte zu bezeichnen. Nun gilt es die Zusammenarbeit über die Bundesländergrenzen hinaus zu intensivieren. Durch den Heimat- und Geschichtsverein Zöschen e.V. wird etwa ehrenamtliche Forschungsarbeit zu Merseburger Lokalgeschichte mit einem Schwerpunkt auf die Jahre 1933-45, die Leunawerke und die Erforschung der Arbeitserziehungslager Zöschen und Spergau geleistet. Hier gilt es in einen Austausch zu treten und Forschungsergebnisse zusammen zu führen. Durch eine angestrebte Kooperation zwischen GfZL und der Hochschule Merseburg wurde hier bereits ein wichtiger Schritt gemacht.

.....
Mirko Adrian Koch, Student an der FH Merseburg, engagiert sich ehrenamtlich in der GfZL und führt die Ortsbegehungen in Schönau und ab 2020 den Stadtteilrundgang Connewitz durch.

¹⁰ vgl. etwa LASA, Mer, I 525 Nr.1050 Bl.67

¹¹ vgl. Bütow, Tobias /Bindernagel, Franka (2003): Ein KZ in der Nachbarschaft. Das Magdeburger Außenlager der Brabag und der „Freundeskreis Himmler“ Böhlau Verlag Köln Weimar Wien. S.12

trolle über die Jüd*innen im Lager nicht an die SS zu verlieren, wie diese es gerne gesehen hätte.

Im Grunde kann von Skarżysko-Kamienna nicht als einem Betrieb oder einem Lager gesprochen werden. Zwar waren die einzelnen Werke administrativ und ökonomisch miteinander verbunden, doch zugleich waren es auch drei abgeschlossene Arbeits- und (Über-) Lebensräume mit ganz eigenen Systemen. Im Vergleich zu Werk C hielten Werk A und B gewisse Vorteile für die dort untergebrachten Häftlinge bereit. In Lager A war es vor allem das komplexe wirtschaftliche Untergrundnetz, bestehend aus produzierendem Gewerbe sowie Dienstleistungen, das die Überlebenschancen der Häftlinge etwas verbesserte, in Werk B waren es hauptsächlich die Extraportionen an Essen, die von der dort befindlichen Lebensmittelfabrik abfielen.

In Werk C, an das direkt der Schießplatz und der Wald angrenzten, wo die selektierten Häftlinge ermordet wurden, waren die Bedingungen am desaströsesten. Die extrem hohe Todes- bzw. Mordrate bedeutet, dass zumindest Werk C zu den NS-Vernichtungslagern gezählt werden muss. Und doch kam es in allen drei Werken zu physischen wie psychischen Grausamkeiten, zu Folterungen und Tötungen, zu all dem, was Verbrechen gegen die Menschheit oder nationalsozialistische Gewaltverbrechen (NSG) genannt wird.¹

Ab dem 15. November 1948 mussten sich deshalb 25 einstige HASAG-Angestellte im sogenannten Kamienna-Prozess vor einem Leipziger Gericht verantworten. Das Urteil wurde am 22. Dezember in der Kongresshalle vor über 3000 Anwesenden verlesen und befand 24 der Angeklagten für schuldig. Dieser Prozess, der internationale Aufmerksamkeit erregte, barg einige Besonderheiten. Die erste war sein Zustandekommen, denn ein ehemaliger Kamienna-Meister zählte zu denen, die es in Gang brachten. Unüblich war auch der Ort: Um dem großen Interesse der Bevölkerung gerecht zu werden, fand der Prozess in der Baumwollspinnerei in Plagwitz statt, mit bis zu 1500 Zuhörer*innen. Insgesamt zeichnete sich der Prozess durch einen hohen Grad an Rechtsstaatlichkeit aus, er war weder Schauprozess, von denen es in den Folgejahren in der DDR noch einige geben würde, noch sprach er in ungerecht-

fertigter Weise Täter*innen frei, wie es in den 1940er Jahren vermehrt vorgekommen war.²

In einer Beziehung hob sich der Prozess jedoch nicht sonderlich von vielen anderen NSG-Verfahren ab: bei der vereinfachten Konstruktion von Täter*innenbildern. Exemplarisch lässt sich dies an Marianne Tietge, der einzigen weiblichen Angeklagten, und Felix Krebs zeigen. Beide erhielten die gleiche Strafe: lebenslängliches Zuchthaus.

Krebs war als Betriebsleiter in der Granatenabteilung in Werk C, Tietge als Meisterin in der Kontrollabteilung in Werk A tätig gewesen. Das Gerichtsverfahren hat gezeigt, dass sich beide „an Tötungen und Grausamkeiten gegenüber jüdischen Häftlingen“ beteiligt und sich „als überzeugte Anhänger der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, insbesondere ihrer Rassenlehre, offen bekannt“ hatten. Daran, dass die Verurteilung der Angeklagten richtig war, darf kein Zweifel bestehen. Zu beantworten, ob Tietge und Krebs aus rechtlicher Sicht das gleiche Strafmaß verdient haben, obliegt den Jurist*innen. Aus einer kulturgeschichtlichen Perspektive aber kann darauf aufmerksam gemacht werden, dass die abschließenden Begründungen der Strafzumessung sich auf mehreren Ebenen unterschieden und nicht objektiv formuliert waren. So wird Krebs’ „Willensschwäche“ mehrmals betont, seine Taten damit gewissermaßen relativiert und er selbst verharmlost. Tietge im Gegensatz dazu, als „in sexueller Beziehung triebhaft und hemmungslos“ charakterisiert, ihr Wesen und ihrer Taten regelrecht dämonisiert.³

Diese Diskrepanzen und sprachlichen Tendenzen sowie ihre Ursprünge sollen bald in einer etwas längeren Arbeit genauer betrachtet und analysiert werden.

.....
Finja Schäfer studiert Geschichte an der Universität Leipzig und schreibt ihre Bachelorarbeit über den Leipziger Kamienna-Prozess.

2 Andrea Lorz gab vor zehn Jahren eine sehr prägnante Zusammenfassung des Prozesses wie auch seiner Vorgeschichte: Lorz, Andrea. Die vergessene Aufarbeitung: 60 Jahre Leipziger Prozesse um die nationalsozialistischen Verbrechen in den HASAG-Werken in Skarżysko Kamienna und Czystochowa. [bearb. Manuskript d. Vortrags v. 30.09.2009]. Leipzig, 2010.

3 Dokumente zum Gerichtsprozess finden sich im Sächsischen Staatsarchiv. Das Urteil ist ebenfalls nachzulesen in: Rüter, C.F. (Hrsg.). DDR-Justiz Und NS-Verbrechen. Amsterdam: Amsterdam Univ. Press, 2010.

1 Die ausführlichste Abhandlung über die HASAG-Werke und jüdischen Arbeitslager in Skarżysko-Kamienna stammt von Felicja Karay, selbst ehemalige Häftling dort: Karay, Felicja. Death Comes In Yellow: Skarżysko-Kamienna Slave Labor Camp. Amsterdam: Harwood Academic, 1996.

Nach „Majdanek“ und „In den Fabriken des Todes“ liegt mit „Werk C“ nun der dritte Band der Tetralogie des Shoah-Überlebenden Mordechai Striglers in deutscher Erstausgabe vor. Es ist dem Herausgeber Frank Beer, der Übersetzerin Sigrid Beisel und dem Verlag zuKlampen! zu verdanken, dass dieses wichtige frühe Zeitzeugnis, das bereits 1950 in jiddischer Sprache erschien, nun fast siebzig Jahre später dem deutschsprachigen Publikum zugänglich ist.

In „Werk C“ verarbeitet Mordechai Strigler literarisch seine Erfahrungen und Erlebnisse im berüchtigten Arbeitslager, das vom Leipziger Rüstungskonzern Hugo-Schneider AG (HASAG) im besetzten Polen betrieben wurde. Im Herbst 1939 übernahm¹ die HASAG einen ehemals polnischen Rüstungsbetrieb in Skarżysko-Kamienna im Distrikt Radom im Generalgouvernement. Mitte 1942 errichtete sie dort firmeneigene Zwangsarbeitslager für jüdische Häftlinge. Bis zur Auflösung der Lager im

1 Zunächst in kommissarischer Verwaltung für die Wehrmacht, 1943 erwarb die HASAG diese zu günstigen Konditionen.

Mordechai Strigler „Werk C. Verloschene Lichter III.

Ein Zeitzeugenbericht aus den Fabriken des Todes.“

von Anja Kruse



→ Mordechai Strigler (Leah Strigler / zu Klampen Verlag)



Sommer 1944 wurden dort mindestens 20.000² jüdische Frauen, Männern und Kinder zur Arbeit gezwungen. Das Lager war in die drei Werksteile A, B und C unterteilt. „Werk C“ war berüchtigt. Es gehörte zu einem Produktionsabschnitt der HASAG, in dem Granaten und Unterwasserminen mit Sprengstoff befüllt wurden. Die Häftlinge waren bei der Arbeit schutzlos hochgiftigem Trotyl (TNT) und Pikrinsäure ausgesetzt. Der Großteil starb innerhalb von nur drei Monaten an körperlichem Zerfall, Hunger und Krankheit oder fiel einer der regelmäßigen Massenerschießungen zum Opfer. Mehr als zwei Drittel aller in Skarżysko-Kamienna zur Zwangsarbeit eingesetzten Häftlinge überlebten nicht.

2 Die Gesamtzahl der in den Lagern eingesetzten Häftlinge kann heute nur geschätzt werden. Nicht alle Transporte, die nach Skarżysko-Kamienna gingen, sind heute in Quellen überliefert, ebenfalls ist das Archiv der HASAG nicht überliefert. Felicja Karay geht in ihrer Studie von einer Anzahl zwischen 20.000 bis 25.000 Menschen aus. Vgl. Felicja Karay (1996): Death comes in yellow. Skarżysko-Kamienna Slave Labor Camp. Harwood academic publishers. Amsterdam, S. 73.

Mordechai Strigler gehörte zu den etwa 6700³ Überlebenden, die die HASAG nach der Auflösung des Lagers im Sommer 1944 nach Buchenwald oder in eines seiner KZ-Außenlager deportierte. Kurz nach seiner Befreiung begann er damit, seine Erfahrungen in den Konzentrations- und Arbeitslagern literarisch zu verarbeiten.

In „Werk C“ nimmt der 23jährige Hauptprotagonist Mechele, der ab Herbst 1943 im Lager ist, die Leser_innen mit in den Werksteil C, in dieses „große Rad des wahnsinnigen Todes, das Menschen hineinzieht und ihnen das Blut aussaugt.“ (S. 15). Seine detaillierten Beobachtungen und bildlichen Beschreibungen liefern einen schonungslosen Einblick in den brutalen und hoffnungslosen Arbeits- und Lageralltag. Detailliert schildert er den Kampf der Häftlinge ums Überleben, ihren Kampf um Nahrung, ihren körperlichen und seelischen Verfall und immer wieder die von allen Seiten auf sie ausübte Gewalt sowie die Massenerschießungen. Dabei zeigt sich von Beginn an der Schmerz und innere Widerstand, den die Beobachtungen bei Mechele auslösen: „Ist es noch nicht genug, Mechele? Warum forschst du weiter, mit Auge und Ohr? Du wirst wieder so vielen Tragödien begegnen (...). Verschließe und blockiere alles in dir!“ (S. 102).

Und doch weiß er, dass er all diese unmenschlichen, schmerzhaften Ereignisse für sich und für die Nachwelt sammeln muss: „Es ist schmerzhaft, aber doch besser: Sammle sei ein! (...). Nähe Dir einen Sack an die Seele und lege dort alles hinein.“ (S. 103)

Im Fokus seiner Beobachtungen stehen weniger die Lagerbestandteile und -abläufe in Werk C, sondern die Menschen, aus denen sich die Lagergemeinschaft zusammensetzt und deren Beziehungen zueinander. Mechele, der bald selbst in eine privilegierte Position im Lager aufrückt, gelingt es durch seine eigene Stellung Zugang zu unterschiedlichen Ebenen in der Lagerhierarchie zu bekommen. Dabei dringt er tiefer in die Hintergründe und Biographien einzelner Mithäftlinge vor, vor allem jener, deren Handeln durch Macht und Gewalt gegenüber den statusniedrigeren Mithäftlingen gekennzeichnet ist. Die ihn dabei begleitende Frage ist, unter welchen Umständen Menschen bereit sind, „sich von der Moral abzuwenden“ (S. 25), wie „(...) Menschen, die in normalen Zeiten keine schrecklichen Dinge tun, jetzt zu allem bereit sind (...)?“ (S. 25)

Was diese Häftlinge in erster Linie eint, ist, dass sie durch ihr skrupelloses, gewaltvolles Handeln gegenüber ihren schutzlosen Mithäftlingen ihr eigenes Überleben zu sichern versuchen. Mecheles Beobachtungen umfassen dabei auch immer wieder ein sich im Lager mit der

Zeit etablierendes „Prostitutionsmodell“: Privilegierte männliche Häftlinge bieten Frauen und Mädchen im Tausch gegen deren Körper Nahrung, leichtere Arbeiten und Schutz an. „Mit dem Festhalten an deiner Gerechtigkeit wirst du keinen einzigen Tag länger durchhalten“, das sei „eine Frage des Überlebens“ (S.261), verpflichtet ihm Mithäftling Fryland, Aufseher von Mecheles Baracke, bei.

Dennoch beobachtet Mechele bei den Funktionshäftlingen auch Unterschiede. Während z.B. der Mithäftling Wajzenberg, Kommandant des Lagers, „sich im Lager wie im Paradies“ fühlte und „das erste, was er anstrebte, (...) Herrschaft“ (S. 315) war, zeigt sich Fydlant weniger brutal, ja, seine „Situation [erlaubt; A.K.] (...) vom ersten Moment an, den menschlichen Funken in ihm am Leben zu halten, Mitgefühl zu haben und sogar daran zu denken, anderen zu helfen.“ (S. 263).

Inmitten dieses unmenschlichen und brutalen Lageralltags, ausgefüllt durch den hoffnungslosen Kampf, irgendwie den nächsten Tag zu überleben, macht Mechele die Erfahrung, dass es auch dort in dieser Hölle kleine Momente der Freude, Zuneigung und vor allem Hoffnung gibt. Als die junge Jüdin Fredzia jiddische Lieder im Lager anstimmt, summen alsbald viele diese mit.

„Es singt der Wald im Werk C! Das begrabene jiddische Lied hat sich hier von irgendwoher aus seinem Grab gerissen, hat die Köpfe der Friedhofsbäume zerzaust und sie gewarnt: Verstelle mir nicht den Weg! Ich lebe noch (...)“ (S. 107)

Und es ist genau diese Fredzia, zu der sich der Hauptprotagonist Mechele hingezogen fühlt. Doch auch hier zeigt sich bald, dass der alltägliche Kampf ums Überleben und die dafür in Kauf zu nehmenden Mittel und Wege nicht durch Zuneigung und Liebe ersetzt werden können.

Das frühe Zeitzeugnis Mordechai Striglers mit seinen vielen detaillierten und bildlich Erinnerungen leistet einen enorm wichtigen Beitrag, um an die zehntausenden, in diesem Lager gequälten und größtenteils brutal ermordeten jüdischen Frauen, Männer und Kinder zu erinnern. Außerhalb eines fachwissenschaftlichen Kontextes sind die Arbeitslager der HASAG im Generalgouvernement heute weitgehend unbekannt. Die Schilderungen Striglers machen erneut deutlich, welchen Anteil die HASAG und das Werk C an der „Vernichtung durch Arbeit“ hatte.

Mordechai Strigler, „Werk C. Verloschene Lichter III. Ein Zeitzeugenbericht aus den Fabriken des Todes“. Herausgegeben von Frank Beer. zu Klampen Verlag, 2019, 32€.

Nach wie vor – ein langer Weg zur Gedenkstätte in Sachsenburg

von Anna Schüller / Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V.



↑ Eine Tafel des Pfades der Erinnerung, Juni 2019 (Geschichtswerkstatt Sachsenburg).

Es verändert sich sichtbar etwas auf dem Gelände des früheren KZ Sachsenburg: man kann nun immer häufiger interessierte Menschen beobachten, die sich die insgesamt neun Tafeln des „Pfades der Erinnerung“ genau anschauen. Dieser Pfad wurde im Juni 2019 eingeweiht und ist ein Projekt der Stadt Frankenberg, gefördert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG). Der Pfad vermittelt Informationen über die historischen Gebäude und Orte des frühen KZ Sachsenburg. Das Lager wurde am 2. Mai 1933 vom Landeskriminalamt Sachsen in einer alten Spinnereifabrik eingerichtet und im Herbst 1937 aufgelöst. Nach aktuellen Forschungen waren dort über 8.000 Menschen in der Mehrzahl aus politischen, aber in kleinerer Zahl auch aus religiösen oder rassistischen Gründen inhaftiert. Die im Herbst

1937 im Lager befindlichen Insassen, darunter auch eine große Anzahl an „Berufsverbrechern“ wurden in die gerade errichteten Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald verbracht, um dort diese Lager mit aufzubauen. Ab 1934 war Sachsenburg nicht nur das einzige frühe Konzentrationslager in ganz Sachsen, sondern auch Ausbildungsstandort der SS-Wachmannschaften, deren Stärke bis zu 600 Personen gleichzeitig betrug.

Das gestiegene Interesse an dieser Geschichte zeigt sich auch in der deutlich zunehmenden Anzahl der Anfragen von Angehörigen, interessierten Gruppen und Einzelpersonen. Neue Gesichter bereichern die Veranstaltungen und unseren Verein. Dies ist sicher auch dem medialen Interesse zu verdanken. Hier sei insbesondere die

45-minütige Dokumentation „Sachsenburg – das vergessene KZ“ im MDR zu Beginn des Jahres hervorgehoben, die spürbare Resonanz auslöste. In diesem Jahr konnten bereits über 500 Menschen von der Geschichtswerkstatt und der Lagerarbeitsgemeinschaft über das Gelände begleitet oder in Veranstaltungen und Ausstellung für das Thema interessiert werden. Für uns als Verein ein spürbarer Erfolg – kommt eine KZ-Gedenkstätte also bald? Wir wissen es nicht, denn dafür braucht es noch einige gemeinsame Anstrengung – von den Initiativen, von Stadt und Land.

Der 2018 von der Stadt Frankenberg gestellte Antrag zum Ausbau der Gedenkstätte bei der Gedenkstättenförderung des Bundesministeriums für Kultur und Medien (BKM) wurde abgelehnt. Er basierte auf dem Konzept der Autorin und dem 2018 gefassten Stadtratsbeschluss. Der Stadtrat entschied sich dabei für die kleinste aller im Konzept vorgeschlagenen möglichen Varianten – eine Hauptausstellung in der ehemaligen Kommandantur über den Zellen ohne Einbeziehung der Fabrik (Unterkunftsort der Häftlinge) sowie dem Abriss der ehemaligen Kommandantenvilla. Die Gründe für die Ablehnung wurden durch die Kleine Anfrage von Claudia Maicher (Grüne) im Sächsischen Landtag öffentlich: Es fehlt ein Betreiberkonzept und der Umgang mit den historischen Gebäuden wird kritisiert. Zudem empfahl das Gremium eine Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen. Trotz der Ablehnung machte das Gremium sehr deutlich, welche hohe historische Bedeutung das KZ Sachsenburg besitzt und dass ein Ausbau zu einer Gedenkstätte dringend empfohlen wird. Das Signal aus dem Bund: Wir unterstützen euch – jedoch mit einem nachgebesserten Antrag.

Weder die StSG noch die Stadt Frankenberg informierten die Initiativen über die Ablehnung des Antrags oder suchten das Gespräch, um weitere Schritte zu besprechen. Auch die Zusammenarbeit beim Pfad der Erinnerung gestaltete sich schwierig. Zu oft wurden wir vor fertige Entscheidungen gestellt – Partizipation über das Abliefern bloßer Inhalte hinaus gestaltete sich zunehmend schwieriger. Dies führte schließlich dazu, dass für die Geschichtswerkstatt die Basis einer Zusammenarbeit mit der Stadt Frankenberg fehlte.

Diese entwickelte daraufhin einen eigenen Weg: Sie kaufte die leerstehende Gaststätte „Fischerschänke“ am Eingang des Geländes. Mit finanzieller Unterstützung durch das Land Sachsen möchte sie im Saal im ersten Stock eine Interimgedenkstätte sowie ein Kommunikations- und Dokumentationszentrum einrichten. Außerdem plant die Stadt Frankenberg ein/e HistorikerIn einzustellen, die für die wissenschaftliche Arbeit und die Vorbereitung eines neuen Antrages für die Gedenkstättenförderung des Bundes im Jahre 2021 zuständig sein wird. Im Falle einer erfolgreichen Antragstellung und damit einer Förderung durch den Bund und den Freistaat Sachsen soll die Gedenkstätte in der früheren Kommandantur ausgebaut werden. Diesem Vorgehen stimmte der Stadtrat im September 2019 zu. Dies sind wichtige und richtige Schritte in unseren Augen – jedoch hätten wir uns in diesen Prozessen mehr Einbeziehung der engagierten Vereine gewünscht.

Vielstimmige Unterstützung fanden wir im vergangenen Jahr. So wurde von uns in Kooperation mit der Topographie des Terrors, der sLAG und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ein Workshop zur partizipativen Erinnerungskultur veranstaltet, an dem Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten an Orten früher Lager teilnahmen. Im dreitägigen Workshop informierten sie sich über den Ort, sprachen mit den Vereinen, mit Thomas Firmenich (Bürgermeister der Stadt Frankenberg), Siegfried Reiprich (Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten) und Thomas Früh (Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst) und mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Frankenberg. Der von der bpb geförderte Workshop schaffte es so erstmals alle Akteure an einen Tisch zu holen. Im Ergebnis wurden Empfehlungen an die Stadt Frankenberg ausgesprochen und in einem Papier festgehalten. Darunter auch die Bitte zum sensiblen Umgang mit der ehemaligen Kommandantenvilla.

Aus den Gesprächen wurde zunehmend deutlich, dass die Stadt nach wie vor den 2015 erfolgten Beschluss des Stadtrates verfolgt, der den Abriss der denkmalgeschützten Villa vorsieht. Dieser Beschluss wurde 2018 im Stadtrat bekräftigt. Ein Antrag zum Aufschub des Abrissbeschlusses wurde im September 2019 abgelehnt.

Auch bisherige Protestschreiben von Prominenten, u.a. Gerhard Richter und Julian Aicher, dem Neffen von Sophie Scholl sowie einem Schreiben von internationalen und hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, welches noch mitgezeichnet werden kann (www.gedenkstaette-sachsenburg.de), brachten wenig Resonanz und keinen Stopp des Abrisses. Die Stadt Frankenberg äußerte jedoch gegenüber den Medien einen Wettbewerb zum Umgang mit der Villa ausschreiben zu wollen – der Abrissbeschluss bleibt jedoch entgegen aller Expertenempfehlungen aktuell bestehen. Wann der Abriss erfolgt ist offen.

Was bedeutet diese Situation – gestiegenes Interesse auf der einen Seite und schwierige oft zermürbende politische Verhandlungen auf der anderen Seite – für unsere Arbeit im Verein? Es ist die Frage nach unserem Ziel: Wir wollen einen lebendigen Gedenkort, einen Ort an dem geforscht, gefragt und diskutiert wird. Und gerade vor dem Hintergrund aktueller Entwicklung möchten wir einen Ort an dem Menschen aufgefordert werden über die Demokratie nachzudenken und sie immer wieder zu erstreiten. Was hindert uns daran, dieses Ziel schon jetzt umzusetzen? Es braucht eine Gedenkstätte vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und dem erneuten Infragestellen der Geschichte des KZ Sachsenburg durch die AfD im Stadtrat Frankenburgs dringender den je. Deshalb können wir mit der Arbeit vor Ort nicht auf sanierte Gebäude warten – auch wenn die Bedingungen ohne Seminarraum, Strom und Sanitäreanlagen dadurch nicht einfacher sind.

Daher wollen wir weiterhin durch unser Jahresprogramm Menschen ins Gespräch bringen, ihnen von der Geschichte des Ortes und den damit verknüpften Biografien erzählen. Dazu zählt auch die Forschung, deren Schwerpunkt im nächsten Jahr auf den im KZ Sachsenburg inhaftierten Juden und Pfarrern liegt. Daraus sollen perspektivisch pädagogische Materialien, Ausstellungen und Publikationen entstehen. Dabei steht die Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Vordergrund. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um uns bei unseren bisherigen und zukünftigen Unterstützerinnen und Unterstützern sowie Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern zu bedanken, die oft mit großer Mühe versucht haben die komplexe Situation zu verstehen und gemeinsam zu überlegen, was der zukünftigen Gedenkstätte Sachsenburg am meisten auf ihrem Weg hilft.

.....
Anna Schüller ist Lehrerin und promoviert am Lehrstuhl für Geschichtsdidaktik der Universität Leipzig unter dem Thema „Sachsenburg als Ort sozialer und ideologischer Disziplinierung. Geschichte – Akteure – Erinnerung 1850 bis heute“. Sie ist Gründungs- und Vorstandsmitglied der Geschichtswerkstatt Sachsenburg und betreut die Website www.gedenkstaette-sachsenburg.de redaktionell.



← Protest an der Villa: International regte sich Protest gegen den Abriss der ehemaligen Kommandantenvilla. Hier vor Ort ein Protestplakat, Juni 2019 (Geschichtswerkstatt Sachsenburg).

VORSCHAU

2020

Führungen durch die Gedenkstätte für Zwangsarbeit und über das ehemalige HASAG-Gelände:

Führungen durch die Gedenkstätte finden immer am 2. Samstag jeden Monats um 14 Uhr statt.

Die nächsten Termine:

Samstag, 11. Januar | 8. Februar | 14. März | 11. April | 13. Juni

Führung mit Themenschwerpunkt:

**14. März „Das Gesicht der Leipziger Rüstungsproduktion war weiblich.“
Das Frauen-KZ der HASAG in Leipzig.**

**Stadteilrundgänge auf den Spuren von NS-Zwangsarbeit
jeweils Samstag, 11 Uhr**

NEU: Innenstadt	16. Mai und 13. Juni
Connewitz	11. April und 6. Juni
Lindenau	9. Mai
Plagwitz	16. Mai
Reudnitz	25. April und 20. Juni
Volkmarsdorf	18. April
Ortsbegehung KZ Schönau	25. April und 27. Juni
Fahrradtour Böhlen	16. Mai 14:00 Uhr
Fahrradtour Taucha	9. Mai 14:00 Uhr

**Donnerstag, 23. Januar 2020 | 19:00 Uhr | galerie kub
„Symbolbilder des Holocaust – Fotografien der Vernichtung im sozialen Gedächtnis“
Vortrag von Sebastian Schönmeyer**

**Mittwoch, 11. März 2020 | 19:00 Uhr | Ort wird noch bekannt gegeben
Mordechai Strigler, „Werk C. Verloschene Lichter III.
Ein Zeitzeugenbericht aus den Fabriken des Todes.“ Lesung mit dem Herausgeber Frank Beer.**

**Samstag, 18. April 2020 | 14:00 Uhr | Mahnmal Abtnaundorf
Gedenken an die Opfer des Massakers von Abtnaundorf**

**Samstag, 9. Mai 2020 | 18:00-23:00 Uhr | GfZL
Museumsnacht Halle-Leipzig
stündlich Führungen, 19:00 Uhr Lesung: Lee Miller, „Krieg. Mit den Alliierten in Europa 1944–1945“**

Impressum / Öffnungszeiten / Kontakt

Herausgeber: Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V.

Redaktion: Anne Friebe

Gestaltung: Janett Bielau

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig
Permoserstraße 15, 04318 Leipzig
Telefon: 0341 2352075
gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de
www.zwangsarbeit-in-leipzig.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag 10–18 Uhr
(und nach Vereinbarung)
Der Eintritt ist frei.

Spendenkonto:

Kontoinhaber: Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V.

IBAN: DE82 8605 5592 1100 1609 96

BIC: WELADE8LXX

Verwendungszweck: Spende für GfZL

Der Betrieb der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig durch den Verein „Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig“ e.V. wird gefördert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts und durch das Kulturamt der Stadt Leipzig.



Stadt Leipzig
Kulturamt



STIFTUNG
SÄCHSISCHE
GEDENKSTÄTTEN

